

Redaktion u. Expedition:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 8  
Tel. A7 Dönhoff 293-297

Erscheint täglich außer Sonntags  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro  
Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)  
im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich  
60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelgenpreis:  
Die 1. Hft. 10 Pf.  
Die 2. Hft. 10 Pf.  
Die 3. Hft. 10 Pf.  
Inhalt 2 Hft.  
Kassette u. Karte.



## Bußpredigt zur Verfassung

### Gayl fordert Verfassungsänderung, schlechteres Wahlrecht und — Oberhaus

Der heutige Verfassungstag gibt Anlaß zu Betrachtungen  
alleraktuellster Natur.

Unter dem gestürzten alten „System“ war es üblich, daß  
jede Reichsregierung nach etwa ein bis zwei Jahren zurücktrat  
und ein umständliches Verhandeln über die Bildung  
einer neuen Regierung begann. Das war gewiß  
nicht schön, und allen Freunden des alten Systems war es oft  
unerfreulich genug, zusehen zu müssen, wie um Ministerportefeuilles  
gehandelt wurde, als ob es alte Hosen wären.

Wir haben jetzt eine „grundsätzlich neue Art der Staats-  
führung“. Wodurch unterscheidet sie sich von der alten?  
Offenbar zunächst dadurch, daß ein Reichskabinet nicht mehr  
ein Jahr oder darüber, sondern nur noch zwei Monate  
vorhält, und daß das Martigeschrei um die Umbildung noch  
schriller klingt als jemals zuvor.

Man tut heute, als wären „Präsidentialregierungen“ etwas  
ganz Neues. Als ob die Regierung Cuno seligen Andenken-  
kens etwas anderes als eine „Präsidentialregierung“ gewesen  
wäre! Als ob nicht schon Herr Dr. Luther als Chef einer  
„Präsidentialregierung“ seine Tätigkeit mit den Worten be-  
gonnen hätte: „Meine Herren, r e g i e r t muß doch irgendwie  
werden!“

Immer wenn die Bildung einer Koalitionsregierung nicht  
möglich war, tauchten die Redensarten vom „überpartei-  
lichen“ Kabinet der Köpfe, der Persönlichkeiten, der Fach-  
minister ufm. auf. Jetzt ist es genau dasselbe. Das weiße  
Wort des Rabbi Ben Ariba, „alles ist schon dagewesen“, gilt  
auch heute noch. Und für die Verhandlungsmethoden der  
Nationalsozialisten gilt es ganz besonders.

Die Nationalsozialisten, geschworene Feinde der Demo-  
kratie, über schlagen sich geradezu in demokratischen Argu-  
menten, um zu beweisen, daß ihr Adolf Hitler Reichskanzler  
werden müsse. Dies sei „der Wille der Nation“.

Immerhin hat die Nation nicht Hitler, sondern H i n d e n-  
b u r g zum Reichspräsidenten gewählt. Und von Hindenburg  
heißt es jetzt, daß er Hitler nicht zum Kanzler ernennen  
will. Was nun weiter?

Das Zentrum ist verhandlungsbereit. Zum Sonn-  
abend hat es in Preußen Nazis und Deutschnationale zu  
einer Besprechung gebeten. Es riecht nach Bürgerblut!

Auch nach Ruisch?

Den Nazis ist die Beteiligung an einer „Präsidential-  
regierung“ angeboten, ihnen ist die Beteiligung an einer  
Koalitionsregierung angeboten. Werden sie unter Ablehnung  
solcher Angebote den „Marsch auf Rom“ antreten? Sie  
würden ja doch bestenfalls nur in Berlin ankommen, wo  
eine ganz andere Luft weht und wo der Empfang ein ganz  
anderer sein könnte!

Einstweilen verhandelt man. Zwischendurch feiert man  
die Verfassung. Dann wird weiter verhandelt.

„Grundsätzlich neue Art der Staatsführung?“ Wie so?

#### Keine Parteiregierung.

#### Hindenburgs Standpunkt.

Unter ausdrücklicher Betonung der autoritativen Herkunft  
wird folgendes offiziös mitgeteilt:

Der Reichspräsident hält absolut an der Linie fest,  
nach der die bisherige Regierung gebildet worden ist, d. h.  
eine vom Parlament u n a b h ä n g i g e Regierung. Das gilt  
nicht nur für heute, das gilt für die jetzigen Verhandlungen  
überhaupt, und von dieser Linie geht der Reichspräsident  
nicht ab.

In dieser bemerkenswerten Erklärung dürften die Worte  
„vom Parlament unabhängige Regierung“ wohl nicht so ge-  
meint sein, wie sie schwarz auf weiß wirken müssen. Die  
Reichsverfassung, die heute vom Reichspräsidenten und von  
der Reichsregierung gefeiert wird, besagt ausdrücklich, daß  
die Reichsregierung zu ihrer Amtsführung des Ver-  
trauens des Reichstages bedarf.

## Freiheit! Freiheit!

Das republikanische Volk bei der amtlichen Feier.

Zur Verfassungsfeier in diesem Jahre war die Aus-  
schmückung des Reichstagsaales gegen die vorher-  
gegangenen Gedenktage nicht unwesentlich verändert.  
Die Einleitungsformel der Reichsverfassung, die sonst stets zu beiden  
Seiten des großen Reichsadlers an der Stirnwand zu sehen war,  
fehlte diesmal. Dafür war in der linken Saalecke eine

große schwarzweißrote Fahne, allerdings mit der Götz

angebracht, während in früheren Jahren diese Fahne nur draußen  
auf dem Platz der Republik neben der Reichswehrparade neben der  
schwarzrotgoldenen Fahne wehte. Selbstverständlich war die Fahne  
der Republik in gleicher Größe in der anderen Saalecke zu sehen.

Der Besuch der Feier war wiederum stark, wenn auch geringer  
als in den vergangenen Jahren. Die Diplomatenloge war stark  
besetzt.

Um 12 Uhr erschien der Reichspräsident, begleitet vom Vize-  
präsidenten von Kardorff, dem Reichsinnenminister Baron  
Gayl und dem Reichswehrminister von Schleicher, der letztere  
in Reichsmehruniform mit allen Orden. Kurz vorher waren  
die übrigen Reichsminister mit Herrn von Papen an der Spitze  
am Regierungstisch erschienen. Der Reichskanzler hatte seinen  
schwarzen Anzug mit beiden Eisernen Kreuzen geschmückt. Hin-  
denburg dagegen, der doch gewiß alle Kriegsorden besitzt, trug  
auf dem schwarzen Rock nicht einen einzigen!

Überparteiliche Musik eröffnete die Feier. Beethovens  
Egmont-Ouvertüre mit ihrem Jubel über die Be-  
freiung eines geknechteten Volkes. Darauf hielt Baron Gayl eine

#### Bußpredigt zur Feier der Verfassung,

in der er u. a. folgendes sagte:

Seitdem am 11. August 1919 die Nationalversammlung zu  
Weimar das Verfassungswort abschloß, um das Reich, wie es in dem  
Vorpruch der Verfassung heißt, „in Freiheit und Gerechtigkeit zu  
erneuen und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen  
und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern“, sind 13 schwere und  
leidvolle Jahre verfloßen, in denen eine Erfüllung des Vorpruchs  
uns nicht gegeben war. Inmitten einer ihm immer noch feindlichen  
Welt hat unser Volk die schwersten Bürden äußerer und innerer Not  
zu tragen. Für troste Feste, freundschaftliche Rüd- und Zusätze ist in  
unserem Zeitalter wenig Raum vorhanden. Durch alle Feste, die  
unser Volk in mannigfaltigen Formen noch feiert, klingt eben die  
Stimme der Not. Ihr Klang entspannt nicht die Feiernenden, sondern  
erregt immer aufs neue die Herzen. In diesen Zeiten hat sich unser  
Volk noch nicht zu einem alle Teile einigenden, nationalen  
Feiertag zusammenfinden können. Alle Versuche, den Ver-  
fassungstag zu einem gemeinsamen, vollstündlichen Feiertag zu ge-  
stalten, sind bisher gescheitert.

Hier sind nicht Ort und Stunde, um diese Frage zu vertiefen.  
Es genügt offen zu bekennen, daß es so ist und daß

die Verfassung die Geister nicht einigt, sondern trennt.

Dennoch hat die Reichsregierung sich entschlossen, den Ver-  
fassungstag amtlich zu begehen. Wir geben uns dabei  
nicht der Hoffnung hin, diesen Tag zu einem Festtag für  
unser Volk machen zu können. Wir leben auch in dem 11. August  
keinen Feiertag, der unter allen Umständen begangen werden muß,  
weil es bisher so Brauch war oder weil auch andere Völker  
einen ähnlichen Gedenktage feiern und wir ihnen das nachmachen  
wollen. Wir wehren uns auch gegen große, rauschende Feste, die  
dem Ernst unserer Lage und unserer Armut nicht entsprechen würden.

Aber wir wollen diesen Tag, an dem unser Volk sich die heute  
geltende Form seines staatlichen Lebens gab und der, wie man immer  
zur Weimarer Verfassung stehen mag,

ein geschichtlicher Gedenktage ist und bleibt,

bewußt dazu bemühen, um in Gegenwart des allberehrten Herrn  
Reichspräsidenten, im Saale des Deutschen Reichstages, in würdiger  
Umrahmung durch klassisch deutsche Kunst zu unserem Volk sprechen.  
Wir wollen keine Feiertage, sondern eine Stunde stiller  
Einfahrt heute halten, inmitten der Unrast unserer Tage. Wir wollen  
an einem Meilenstein unseres mühseligen Wegs durch die Tiefen

unserer Geschichte einmal rasten und uns auf das besinnen, was uns  
Not tut, was wir tun müssen, wenn wir als Volk leben und unsere  
Pflicht gegenüber den kommenden Geschlechtern erfüllen wollen. Zu  
diesem Zweck sind wir heute hier.

In einer Versammlung von Deutschen wäre es ein müßiges Be-  
ginnen, in einer kurzen Ansprache die äußerlich erkennbaren Not-  
stände, unter denen unser Volk leidet, im einzelnen aufzuführen und  
ihren Ursachen nachzugehen. Im Ringen der Völker um ihr Dasein  
sind letzten Endes und entscheidend die unmäßbaren Kräfte  
eines Volkes ausschlaggebend. Von ihrem Durchbruch durch die  
materiellen Sorgen des Tages zu machtvoller Betätigung hängt die  
Zukunft ab, der wir entgegengehen.

Diese unmäßbaren Kräfte sind

Kräfte und Werte eines Volkes sind an keine Formen und Ver-  
fassungsurkunden gebunden.

Es gibt im Leben der Völker Zeiten, in denen diese Kräfte verschüttet  
scheinen durch materialistische Auffassung des Lebens, und es gibt  
Zeiten, in denen sie lauter und offener klingen. Die starken Kräfte,  
die einst das Erleben des Weltkrieges freigemacht hatten,  
waren nicht tot. Lebendig brachen sie in den verschiedenen Formen  
und auf vielerlei Wege aufs neue hervor. In allen Schichten unseres  
Volkes regte sich neues Hoffen, Wollen und Handeln.

Tiefer als bisher empfanden viele ihre Verantwortung gegen-  
über ihrem Volke, immer lebendiger wurde der Wille zum  
Dienen an der Gesamtheit unter Hintansetzung des eigenen Ichs  
und seines Wohlbefindens. Immer stärker wurde die Sehnsucht nach  
einem neuen, freien, sich selbst bestimmenden Deutschland. Je stärker  
diese ethischen Regungen in einem Teil unseres Volkes lebendig  
wurden,

desto heftiger wurde der Widerstand derer, die sich in ihren bis-  
herigen Lebensanschauungen bedroht fühlen.

So ist unser Volk in unleren Tagen in zwei Lager zer-  
spalten, zwischen denen ein erbitterter Kampf um die  
Macht im Staate tobt. Jedes Lager nennt das andere Volks-  
verderber und Staatsfeind und bekennt sich zu dem Streik „Wer  
nicht für mich ist, ist wider den Staat“. So sollten die Dinge  
nicht sein. Was in unserem Volk heute ausgebrochen wird, das ist  
ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und  
nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut,  
auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise  
des Gegenteils als einen ehrlichen Volksgenossen zu be-  
trachten, der auf keine Weise und nach keiner Überzeugung das  
Beste unseres Volkes will. Bewußt ausgeschlossen sei dagegen jeder,  
der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet und  
bekämpft.

Man mag zu den Einzelheiten der Weimarer  
Verfassung stehen, wie man will. Sie ist heute  
der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer  
weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen,  
die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Auf diesem  
Grund müssen wir uns finden und handeln, denn wir  
haben keinen anderen, von dem aus wir den Vormarsch  
zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten  
können.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung  
etwas Unabänderliches wäre. Bereits in meiner Antrittsrede vor  
dem Reichsrat habe ich mir erlaubt zu sagen, daß eine Verfassung  
kein starres Idol ist, daß Verfassungen dem Wandel unterworfen  
und daher abänderungsbedürftig sind, wenn sie Mängel zeigen, die  
im Interesse der Entwicklung eines Volkes abgeändert werden  
müssen.

Rückblickend auf die 13 Jahre des Bestehens unserer Ver-  
fassung müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist.

Es war ein Verdienst der verfassunggebenden Nationalver-  
sammlung, aber auch Bayerns, Württembergs und aller anderen  
deutschen Länder, daß 1919 in verhältnismäßig kurzer Zeit  
nach dem allgemeinen Zusammenbruch überhaupt eine Ver-  
fassung zustandekam, welche die Reichseinheit gewährleistet  
und für längere Zeit eine Grundlage staatlichen Lebens schuf,  
auf der auch letztlich sehr schwere Zeiten überwunden werden



konnten. Es ist nicht Schuld der Verfassung allein, daß sich in Deutschland im Rahmen ihrer parlamentarisch-demokratischen Grundzüge eine Herrschaft der politischen Parteien entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr verschmolzen, die ein Kommen und Gehen der Regierungen mit sich brachte, die eine stetige, auf den Wiederaufbau gerichtete Regierungsarbeit hemmte und nahezu unmöglich machte und die schließlich dazu zwang, sogar Maßnahmen des wirtschaftlichen Lebens und der Finanzgebarung mit der ultima ratio des Artikels 48 zu regeln und damit tatsächlich einen Teil der Verfassung selbst außer Kraft zu setzen.

Die Zustände aber, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird, desto besser ist es für uns. Im Rahmen dieser Ansprache können nur einige kurze Hinweise auf das gegeben werden, was vordringlich zu regeln ist. Die Reform hat auszugehen von einer

#### Änderung des Wahlrechts.

In diesem Artikel wurzelt die von weitesten Kreisen unseres Volkes schwer empfundene Herrschaft der Parteibürokratie. Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen und es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen; Regieren heißt nicht nur, die Forderung der Stunde erfüllen, sondern auch ein festes Ziel auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig aufzuheben. Es ist nicht Schuld von Veronen allein, sondern der Konstruktion unserer Verfassung, wenn in Deutschland fast alle Ansätze zu Reformen bisher im Parteigeriebel erstickten. Jede zielbewusste Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag.

Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äußeren und inneren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen

#### Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben

muß, der sie vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrückfälle beeinflussten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag. Eine Änderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht zu umgehen.

Zum Schluß dieser festsamen „Verfassungsrede“ erklärte Gahl, daß zu den schon als notwendig angeordneten „Reformen“ auch noch der „innere Umbau“ des Reiches kommen müsse, wobei er von der Beseitigung der Preußenregierung als von etwas Selbstverständlichem ausging, um dann mit einem Hinweis auf die „Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk“ zu schließen.

Das Wort Republik wurde bei der heutigen Verfassungsfeier überhaupt nicht ausgesprochen:

Nach der Rede des Freiherrn von Gahl mit ihren Wünschen nach Verfassungs- und Wahlrechtsänderung hatten die Philharmoniker unter Bräuers Leitung durch den 3. Satz der 4. Brahms-Sinfonie die Feier für einige Minuten aus der etwas zwiespältigen Beleuchtung herausgehoben.

Die Feier schloß mit dem Absingen des Deutschlandliedes, in das sich plötzlich laut der Ruf „Freiheit!“ mischte.

Als der Reichspräsident mit seinen Begleitern sich durch das dicke Spalier von Festteilnehmern, die sich in der Kuppelhalle des Reichstages aufgestellt hatten, zum Tor nach dem Platz der Republik begab, ertönten wieder kräftige Freiheit-Rufe, die keinem Anwesenden entgehen konnten. Auch beim Erscheinen des Reichspräsidenten auf der Freitreppe brachte eine starke Gruppe auf dem menschenfüllen Platz ein kräftiges dreifaches Freiheit auf die Reichsversammlung und die Republik. So wurde das, was in der offiziellen Feier verkümmert worden ist, vom freien Volk auf freie Grund nachgetragen!

### Vor dem Reichstag.

Schon in den Vormittagsstunden hat sich auf dem Platz der Republik eine große Menge Schaulustiger angesammelt, doch ist die Anteilnahme der Bevölkerung merklich geringer als in den Vorjahren. Das Polizeiaufgebot ist sehr groß. Während die Feier im Innern des Reichstages stattfindet, konzertiert draußen eine Kapelle der Reichswehr.

Reichspräsident von Hindenburg schritt nach Schluß der offiziellen Feier traditionsgemäß die Ehrenkompagnie der Reichswehr ab. Er war bei seiner Anfahrt und Abfahrt Gegenstand freundlicher Begrüßung.

Bei der Abfahrt des Reichspräsidenten ertönten laute, immer wiederholte und von einem großen Teil der Erschienenen begeistert aufgenommene „Freiheit!“-Rufe.

Auf dem Gebäude des Preussischen Landtages sieht man am heutigen Verfassungstag neben der schwarzweißen Flagge Preußens auch die schwarzrotgoldene Fahne der Deutschen Republik.

Die Sowjetbolschewisten unter den Linden ist anlässlich des deutschen Verfassungstages mit der roten Fahne Sowjetrußlands mit Hammer und Sichel geflaggt. Ein Schild am Tor verkündet: „Anlässlich des Staatsfeiertages Kamjeien geschlossen.“

### Berlin unter Schwarz-Rot-Gold.

#### Die Stadt im Zeichen des Verfassungstages.

Wie an jedem Verfassungstag, so zeigt Berlin auch an diesem 11. August das bunte Bild festlicher Beflaggung. Alle öffentlichen Gebäude haben die Fahnen des Reiches gehißt, von vielen großen Geschäftshäusern weht die schwarzrotgoldene Fahne, und in den Wohnvierteln bezeugen die Republikaner durch das Hiszen der Fahne der Republik oder der roten Fahne mit den Freiheitspfeilen ihre Treue zum demokratischen Volksstaat. Wie stets am Verfassungstag, hat der Magistrat angeordnet, daß die Straßenbahnen, die Autobusse und die Bahnhöfe der Untergrundbahn mit Schwarzrotgold und der Berliner Bärenfahne geschmückt wurden, was das Straßenbild ungemein belebt. Auch der Landtag hat Schwarzrotgold geflaggt.

Auf dem Platz der Republik wehen von zwei hohen Fahnenmasten die Nationalflagge und die Kriegsflagge der Republik. Besonders belebt wird das Bild vom Regierungsviertel bis zum Reichstag durch die Hoheitszeichen der ausländischen Missionen, die der Deutschen Republik ihren Gruß entbieten, man sieht das weiße Kreuz im roten Feld der Schweizerischen Eidgenossenschaft, den Dannebrog, die Flagge der Sowjetrepublik, das Sternbanner, die französische Tricolore und die Fahnen der anderen Staaten.

# Schwerindustrielle Verfassung?

## Flick und Thyssen fordern den faschistischen „Umbau“ der Republik

Düsseldorf, 11. August. (Eigenbericht.)

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller geht in seinem diesjährigen Bericht auf aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ein. Er wendet sich heftig gegen die bisherige staatliche Lohnpolitik, von der er erklärt, sie sei eine verfehlte Konsumentenpolitik und keine Wirtschaftspolitik gewesen. Der Lohnabbau sei stets von Kosten-, Steuer- und Sozialabgabenerhöhung begleitet gewesen und gleichzeitig mit ihm sei ein Preisabbau verlangt worden, der die lohnmäßige Selbstkostenentlastung stets wieder um ihre Wirkung gebracht habe. In dem Bericht wird dann weiter ausgeführt, daß nur eine grundlegende Reform helfen könne, eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft.

Es käme vor allem darauf an, die Wirtschaft in verlorengangene Funktionen wieder einzuführen, Unternehmerfreiheit und Unternehmerverantwortung, die wirtschaftliche und soziale Funktion der Wirtschaft wiederherzustellen. Das sei möglich durch Zulassung freier Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge, deren Einzelarbeitsverträge einen bestimmten erheblichen Hundertsatz zu unterbreiten gestatten müßten. Eine Neugestaltung im großen, Umbau staatszentralistischer Einrichtungen zu Selbstverwaltungseinrichtungen des staatlichen Zwangsrechts zu echtem staatlichem Aufsichtsrecht, der Gewerkschaften zu berufsständischen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit könne dann dem Fortgang der staatspolitischen Entwicklung überlassen bleiben. Zu den Fragen der Sozialversicherung, der Arbeitsbeschaffung erklärt der Bericht, bei der Arbeitsbeschaffung käme es grundsätzlich darauf an, die Wirtschaft durch Selbstkostenentlastung in den Stand zu setzen, die Arbeit in möglichst breitem Umlange wieder aufzunehmen und das Arbeitslosenheer allmählich wieder aufzulösen. Zwischen Produktions- und Konsumentenpolitik gäbe es keinen Kompromiß. Die Ansprüche des heutigen kollektivistischen Staates würden fast ganz auf den Schultern der breiten Masse des Volkes lasten und könnten sie hier auch nicht in der Gestalt von Steuern eingetrieben werden, so träfen sie doch, indem sie eben aus der Wirtschaftsleistung entnommen würden, die Ernährung und Existenzgrundlage der Masse, wie sich an dem Stand der Arbeitslosigkeit zeige.

Die Schwerindustriellen, die Hitler finanziert haben, melden jetzt zum Verfassungstag ihre Forderungen an. Flick und seine Kollegen der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen sind bankrott. Als Wirtschaftsführer und als Unternehmer haben sie ihre totale Unfähigkeit bewiesen. Nun hoffen sie, sich durch die Politik wieder gesund zu machen. Mit dem unübertreffbaren Ausmaß von Anmaßung, das sie immer ausgezeichnet hat und mit dem sie bisher die Öffentlichkeit und die bürgerlichen Regierungen geblüht und eingeschlichtert haben — nur die Regierung

Hermann Müller widerstand ihnen — wagen es die Bankrotteure Forderungen aufzustellen und Abrechnung zu halten.

Niemand mehr als die Schwerindustriellen ist schuld an der verhängnisvollen Politik des staatlichen Lohnabbaues. Im Mai 1930 wurde diese Politik auf Verlangen der nordwestlichen Gruppe mit einer Lohnsenkung von 7½ Proz. eingeleitet. Dieses Zurückweichen des damaligen Reichsarbeitsminister Stegerwald vor den Flick und Thyssen war der Anfang des staatlichen Lohnabbaues. Er sollte, so behaupteten die Schwerindustriellen, die Arbeitslosigkeit durch Neuereinstellung von Arbeitslosen beseitigen. Mitte Mai 1930 betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen rund drei Millionen — Mitte Mai 1932 betrug sie 5 800 000. Nahezu drei Millionen Arbeitslose mehr, eine Verdoppelung seit dem Zurückweichen der amtlichen Lohnpolitik vor den Hintermännern Hitlers, das ist das Ergebnis der Politik der Schwerindustriellen — von dem Zusammenbruch der Wirtschaft nicht erst zu reden. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Die Folgen auf die öffentlichen Finanzen waren nicht minder katastrophal. Die Ausgaben für Wohlfahrtsunterstützung, für Unterstüzung der Erwerbslosen stiegen unheimlich, die Steuereinnahmen gingen zurück. Aus staatlichen Mitteln mußten die bankrotten Privatunternehmen immer wieder gestützt werden. Nach diesem totalen und beispiellosen Zusammenbruch wagen es diese Bankrotteure noch immer als Fordernde aufzutreten und die „Reform des Staates“ im Sinne des Faschismus zu verlangen. Diefelben Herrschaften, die den Einzelunternehmer ausgeschaltet und jeden Aufsteiger brutal niederkonkurriert haben, verlangen jetzt „Unternehmerfreiheit“.

Diese Freiheit ist die Knechtung der Arbeiterklasse. Die laufenden Tarifverträge sollen praktisch außer Kraft gesetzt und der „freien Lohnfindung“, dem Lohndruck ein „Spielraum“ gelassen werden. Es gibt also noch Unternehmungen, die noch nicht bankrott sind und schleunigst pleite gemacht werden sollen.

Die Gewerkschaften sind zu beseitigen. An ihre Stelle sollen „berufsständische Arbeitervertretungen“ nach faschistischem Muster treten. Damit fielen das gesamte Koalitionsrecht.

Die Sozialversicherung ist zu beseitigen. Diese Erfüllung des nationalsozialistischen Programms soll auch — wie der bankrotte Lohnabbau — zur „Selbstkostenentlastung“ führen, damit mehr Arbeitslose eingestellt werden können. Dasselbe Lied wie im Mai 1930. Die Verdoppelung des Arbeitslosenheeres ist der Erfolg dieser Selbstkostenentlastung. Also zwölf Millionen Arbeitslose?

Und was geschieht mit den Arbeitslosen, Kranken, Alten, Witwen und Waisen, den Unfallverletzten und Kriegsbeschädigten? Will man sie, wie verschiedene nationalsozialistische Schriftsteller fordern, als überflüssigen Ballast auf „medizinischem“ Wege beseitigen?

# Spanische Republik außer Gefahr

## Der Monarchistenaufrüstung auch in Sevilla zusammengebrochen

Madrid, 11. August. (Eigenbericht.)

Der monarchistische Putsch gegen die Republik, der am Mittwochmorgen in Madrid ausbrach, griff später auf Sevilla über. In Madrid wurden die Putschisten innerhalb kurzer Zeit hinter Schloß und Riegel gefesselt. Die Ruhe ist hier völlig wiederhergestellt.

In Sevilla ist die spanische Regierung nun ebenfalls heuer der Lage. Die Aufständischen haben sich nach dem Einmarsch der Regierungstruppen bedingungslos ergeben. Der Drahtzieher, General Sanjurjo, ist geflohen. Man nimmt an, daß er bereits portugiesischen Boden erreicht hat.

Der Zusammenbruch der Putschbewegung ist vor allem auch auf den Widerstand der Gewerkschaften zurückzuführen, die — soweit Sevilla in Frage kommt — noch am Mittwochnachmittag den Generalstreik erklärten. Die Regierung hat angeordnet, daß die maßgebenden Führer der Putschbewegung sofort durch Standgerichte abgeurteilt werden.

Der Putschversuch stand in der Mittwochsitzung des Parlamentes im Vordergrund der Debatte. Ministerpräsident Azana gab den Abgeordneten eine genaue Darstellung über die Vorfälle. Er stellte fest, daß die Regierung von der Vorbereitung des Komplotts seit Wochen gewußt habe, jedoch mit voller Absicht nichts unternommen hätte. Erst als in der Nacht zum Mittwoch die Meldung eingetroffen sei, daß die Putschisten unmittelbar losgeschlagen würden, habe man

die Sachlage zum erstenmal ernsthaft geprüft. Die Meldung habe sich als richtig herausgestellt. Fast sämtliche rebellierenden Offiziere seien Leute, die aus dem Heere ausgeschieden und mit vollem Gehalt pensioniert worden seien. Gegen die Aufständischen in Sevilla werde die Regierung auch die Marine und Fliegertruppen einsetzen. Die Geduld und Güte der Regierung habe nunmehr ein Ende. Man werde mit aller Schärfe, wenn auch innerhalb der Grenzen der Gesetze, vorgehen.

Die Abgeordneten brachten der Regierung eine große Ovation dar. Besonders wurde auch der Polizeipräsident von Madrid gefeiert, der sich am Mittwochmorgen mit der Waffe in der Hand gegen die Putschisten gestellt hatte.

#### Alfons will von nichts wissen.

Paris, 11. August. (Eigenbericht.)

Angeichts der verunglückten Militärrevolte in Spanien halten es die nach Frankreich geflüchteten Monarchisten für angebracht, den ehemaligen König von aller Schuld an den Ereignissen reinzuwaschen. Aus Kreisen der spanischen Emigranten wird ein Communiqué veröffentlicht, worin erklärt wird, daß Alfons XIII. an der Militärrevolte keinen Anteil gehabt habe. Er wolle zur Zeit überhaupt nicht in Frankreich, sondern sei in der Tschschowawatski zum Besuch der Prinzessin Battenberg. Nur die Erbkönigin sei noch in Fontainebleau. Aber auch sie weigere sich, auch nur ein Wort über die Ereignisse in Spanien zu äußern.

### Preussische Koalitionsgespräche.

#### Eine Einladung des Zentrums.

Telunion meldet:

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat für Sonnabendvormittag die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen zu einer Besprechung eingeladen. Gegenstand der Beratung soll die Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen und die damit zusammenhängende Bildung einer Regierung in Preußen sein.

### Der Berliner Konsum.

#### Kein Anlaß zur Beunruhigung der Sparer.

Als Folge der verworrenen politischen Verhältnisse und der Zahlungseinstellung des Berliner Beamtenwirtschaftsvereins ist eine neue Welle der Beunruhigung bei den Sparern entstanden, die infolge schiefer Darstellungen in der Presse zu überstürzten Abhebungen der Sparer des Berliner Konsumvereins führte.

Die Lage des Berliner Konsumvereins ist durchaus gesund, er hat aus eigener Kraft der Genossenschaftsbewegung seit einem Jahr enorme Zuschüsse geleistet. Ueberdies sind im Kon-

sumverein Berlin von dem genossenschaftlichen Zentralinstitut, der Preußenkasse, für den gleichen Zweck neue Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Zu einer Beunruhigung der Sparer besteht also keinerlei Anlaß.

### Straßenbahnschaffner beraubt!

#### Frecher Überfall in Charlottenburg.

Anweit des Straßenbahnhofes in der Königin-Elizabeth-Straße in Charlottenburg wurde in den Nachstunden auf den 41 Jahre alten Straßenbahnschaffner Wilhelm Poch aus der Soorstraße ein verwegener Raubüberfall verübt.

Poch stand auf dem Anhängewagen eines Straßenbahnzuges der Linie 75. Die Straßenbahn war gerade im Begriff, ins Depot zu fahren, als auf den hinteren Perron des Anhängers ein Mann sprang und den Schaffner mit einem stumpfen Gegenstand mehrere wuchtige Hiebe über den Kopf verleierte. Der Straßenbahnschaffner brach demütiglos zusammen. Der Täter riß die Geldtasche des Schaffners auf und raubte etwa 50 M. Mit der Beute suchte der Begehrer das Weite. Der Überfall wurde erst entdeckt, als die Straßenbahn im Depot rangierte. Kollegen fanden den noch immer bewußtlosen Poch auf und brachten ihn wieder zu sich.

Von dem Räuber fehlt bisher jede Spur.



# Die Schupo im Lustgarten.

Der Platz reich geschmückt — Ansprache Melchers.

Die Berliner Polizei veranstaltete ihre Verfassungsfeier traditionsgemäß um 9 1/2 Uhr im Lustgarten. Von dem Balkon des Schlosses hingen große Adlerfahnen in den schwarzrotgoldenen Farben des Reiches und Preußens herab, den gleichen Schmuck wies die Schloßrampe auf, die mit Grün und Jahaendrapieren versehen war. Auch die großen Kandelaber im Lustgarten waren mit Grün umkränzt und besetzt. Vor der Schloßrampe hatte eine mit den Farben Schwarz-Rot-Gold umkleidete Rednertribüne Aufstellung gefunden, über der an einer Girlande der Polizeiflägeln hing. Mit der Front zum Schloß hatten die vom Dienst abkömmlichen Beamten der Schupo in einem großen Karree Aufstellung genommen.

Unter den Klängen der Schupotafel marschierte dann mit geschulterten Karabinern eine Standartenbereitschaft mit der Polizeistandarte auf, die Polizeipräsident Albert Grzeinski der Berliner Schupo gestiftet hat und die dadurch besondere Weihe erhalten hat, daß sie offiziell zum ersten Male bei der Trauerfeier der erschossenen Beamten Anlauf und Vent geführt worden ist. Die Standarte trägt die Farben der Republik und Preußens mit dem Polizeistern.

Dann nahm der kommissarische Polizeipräsident von Berlin Dr. Melcher das Wort zu seiner Festansprache. Die Berliner Polizei, so führte er aus, blickt auf schwere Monate zurück. Eine



Lilienthal-Ehrenmal in Lichterfelde Ost  
Von dem Hügel aus unternahm der Flugpionier seine Flüge

Millionenstadt, wie Berlin, die Hauptstadt eines verarmten, hart ringenden Reiches, wird von den Erschütterungen, die die Wirtschaftskrise hervorruft, ganz besonders getroffen. Und der Polizeibeamte, der in seinem verantwortungsvollen Dienst täglich und stündlich die Stimmung der Bevölkerung miterlebt, spürt schnell, wenn breite Massen in Not sind. Die Berliner Polizei hat inmitten aller Erregung, aller Verwirrung ihren Mann gestanden. Sie hat insbesondere im letzten schweren Wahlkampf musterhaft Ordnung gehalten und die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte ohne Ansehen der Person und Partei gesichert. Sie wird sich auch weiterhin in die Parteipolitik nicht hineinziehen lassen, sondern stets beherzigen, daß über dem Gegeneinander der Parteien ein Größeres steht, eins, das uns alle bindet: der Staat, das Vaterland. In diesem Dienst arbeiten wir für unser Volk — das ist es, was unsere Arbeit groß, unsere Aufgabe schön macht. In dieser Befinnung begehen wir auch den Tag der Verfassung. Treu gegenüber der gesamten Nation, deren Leben jeder von uns an seinem Blute zu schätzen hat, so wollen wir handeln." Polizeipräsident Melcher schloß seine Rede mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, in das die Versammelten einstimmten.

Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes erfolgte dann der Vorbeimarsch der Bereitschaften der Schupo, an dem sich zwei berittene Abteilungen, mehrere tausend Beamte zu Fuß und schließlich die Polizeihundführer mit ihren Tieren beteiligten. Nach dem Vorbeimarsch zogen die Abteilungen in ihre Unterkünfte ab.

## Haag gibt Litauen recht.

In den Hauptpunkten der Memel-Klage.

Der Ständige Internationale Gerichtshof hat am Donnerstagvormittag seine Entscheidung in der Memelklage bekanntgegeben, die in den hauptsächlichsten Punkten zugunsten Litauens ausgefallen ist.

Mit zehn gegen fünf Stimmen hat der Gerichtshof entschieden, daß 1. der Gouverneur des Memelgebietes das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums in besonderen Fällen abzusetzen; 2. daß die Absetzung des Präsidenten des Direktoriums nicht die Außerkräftsetzung der Funktionen der übrigen Mitglieder des Direktoriums in sich schließt; 3. daß die Absetzung Böttchers ordnungsgemäß ist. Ferner hat der Gerichtshof festgestellt, daß die Zusammenlegung des Direktoriums Smetlits ordnungsgemäß war, daß aber die Auflösung des Memelländischen Landtages am 22. März 1932 nicht ordnungsgemäß gewesen ist.

## Kohahns Begräbnis.

Ungeheure Anteilnahme der Bevölkerung.

Königsberg, 11. August. (Eigenbericht.)

In Köhnen fand am Mittwoch unter ungeheurer Anteilnahme der Bevölkerung die Beisetzung des Nationalsozialisten ermordeten Reichsbauleiters Kohahn statt.

Im Trauerzug gingen etwa 2000 Menschen mit, die Straßen waren von dichten Menschengruppen umfüllt. Zu Fuß und auf Fahrzeugen waren Republikaner und engere Kameraden des Ermordeten aus der Umgebung herbeigeströmt. Viele Condukte hatten trotz der dringenden Entzweiungen einen Fuhrmarsch von 10—15 Kilometer nicht gescheut, um Kohahn die letzte Ehre zu erweisen.

# Antwort an den „Angriff“

Von August Scholtis

Der „Angriff“ vom 10. August druckt raffiniert verstelltem einen Teil meiner „Grotteske um den ober-schlesischen Bruderkrieg am Annaberg“ ab. („Vorwärts“ vom 9. August.)

Als zweisprachiger Oberschlesier und aus jenem Gebiet kommend, um das gerade im „Dritten Reich“ erste Auseinandersetzungen mit Polen und Tschechen angekündigt werden, habe ich den Herrschaften im „Angriff“ zum wirklichen Studium der Ostfragen anzuraten.

Ich brauche Oberschlesien nicht zu studieren, denn ich bin ja ein Kind dieses Landes und es sind in ober-schlesischen Familien noch weit „höllere“ Szenen in Wirklichkeit passiert als jene, die ich aus reinstem Mitleid mit der mißbrauchten Kreatur aufs Papier brachte. —

Davon weiß natürlich der ahnungslose „Angriff“ nichts und will nichts wissen, daß in „D.S.“ zuweilen der „polnisch-gejante“ Sohn seinen „deutschgejanten“ Vater ermordete, oder die „polnischgejante“ Frau ihren „Mann“ an die Polen verriet.

Saja, ihr „Heldentölpel“ im „Angriff“, das ist die Rehrseite der Dinge: Das ist Kreatur, an deren Intuition ja auch eure kraut- und faßlosen Worte gegen mich appellieren! —

Immer ermuntert bitte den, der euch etwas anzuraten hat! —

Ich frage Sie folgendes, Herrschaften im „Angriff“:

1. Sind wir zweisprachigen Oberschlesier „öftliche Untermenschen“?

Wie kann sich die NSDAP-Prese erdreisten, zu schreiben, im „Dritten Reich“ werden die „unzuverlässigen Oberschlesier“, diese „öftlichen Untermenschen“, aus allen Beamtenstellen verdrängt und durch rassereine Deutsche ersetzt?

Sind wir demnach keine Deutschen? Antwort!! —

2. Ist das nicht kompletter Wahnsinn jener Presse, die um das Terrain dieses „öftlichen Untermenschen“ Kriege führen will?

## Zeichen der Zeit

Deutschland 1932.

Die Telegraphen-Union meldet: Reichspräsident von Hindenburg hat der „Deutschen Musik-Premieren-Bühne e. V.“, Sitz Dresden, für den am 2. September im Konzertsaal des Städtischen Ausstellungspalastes Dresden stattfindenden Marschwettbewerb „Wir marschieren“ als Anerkennung für den 1. Preisträger sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift zur Verfügung gestellt.

In sämtliche Musikmeister und Musikkorps der Reichswehr hat ferner der Heeresmusikinspektor Schmidt die Aufforderung gerichtet, an dem Marschwettbewerb der „Deutschen Musik-Premieren-Bühne e. V.“ teilzunehmen. Die Leitung der „Deutschen Musik-Premieren-Bühne e. V.“ gibt bekannt, daß im Sinne ihrer Bestrebungen zur Bekämpfung der deutschen Musikkritik sich jeder deutschstämmige Komponist an dem Marschwettbewerb sowie an den weiter vorgesehenen Uraufführungsabenden auf allen Gebieten der Musik beteiligen kann. Bedingungen für die Teilnahme sowie Auskünfte über das Programm der „Deutschen Musik-Premieren-Bühne e. V.“ erteilt deren Geschäftsstelle bzw. die künstlerische Leitung in Dresden. —

In Frankreich.

Unter dem Protektorat führender Komponisten wie Richard Strauß, Stravinski, Ravel, Dukas und Darius Milhaud ist in Paris eine Gesellschaft für neue Musik ins Leben gerufen worden. Diese Gesellschaft sieht ihre Aufgabe darin, moderne Kammermusik zu pflegen und vor allem für die Aufführung in großen öffentlichen und internationalen Konzerten zu sorgen.

Um eine Sammelstätte für alle Forschungsergebnisse über die französische Revolution, seien sie politischer, wirtschaftlicher, soziologischer, kultureller oder künstlerischer Art, zu schaffen, ist der philosophischen Fakultät an der Pariser Sorbonne ein Studienzentrum für die französische Revolution angegliedert worden. Der kürzlich verstorbene bekannte französische Historiker Mathiez ist der Vater dieser Gründung.

Es lebe die Autartie!

In Belgrad wurde am Mittwoch der Kongreß der Lichtspielhausbesitzer eröffnet, der die Aufgabe hat, zur derzeitigen Lage auf dem Filmmarkt Stellung zu nehmen. Da seit 3. März in Südlawien infolge der Zollserhöhung auf Filme und infolge der Devisenbestimmungen kein einziger ausländischer Film mehr eingeführt worden ist, sehen sich die Lichtspielbesitzer vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Theater zu schließen. In der Zeit vom 3. März bis heute hatten sie bereits gelaufene Filme, die sich schon im Inland befanden, immer und immer wieder abrollen lassen. Allein in der letzten Zeit war der Besuch der Lichtspieltheater so sehr zurückgegangen, daß eine Fortsetzung dieser Methode unzumutbar erschien. Die amerikanischen Filmgesellschaften Metro Goldwyn Mayer, Paramount und Fox, die vom Kongreß zur Teilnahme an den Beratungen eingeladen waren, hatten die Einladung abgelehnt und mitgeteilt, daß sie unwillkürlich beschloßen hätten, ihre Vertretungen in Südlawien aufzulösen. In der Mittagspause des Kongresses wandten sich die Redner gegen die Absicht der Regierung, die Filmherzeugung in Südlawien zu monopolisieren. Sie unterzogen die bisher gedrehten amerikanischen Filme einer äußerst abfälligen Kritik. —

Staatliche Lehrmittelbeschaffung in Finnland. Der finnische Reichstag hat jetzt mit erheblicher Mehrheit ein Gesetz angenommen, wonach der Staat die Kosten für Lehrmittel und Bücher an alle Volksschüler tragen soll. Den Staatsfinanzen wird dadurch eine weitere Last von etwa 6,5 Millionen Finnennark auferlegt.

Die neue Spielzeit der Volksbühne E. V. beginnt Anfang September mit einer Vorstellung der Staatsoper Unter den Linden, in der Verdis „Rigoletto“ zur Aufführung gelangt. Am 12. September beginnt dann das Theater am Schauspielhaus seine Vorstellungen, und zwar mit einer Uraufführung von Googins „Kendur“ in der Regie von Heinz Hilpert. Anmeldungen zur Volksbühne E. V. (jeder Vorstellungsbuch kostet im Schaubel 1,50 Mark, in der Oper 2,50 Mark bei Auslösung der Plätze) werden jederzeit durch die Geschäftsstelle der Volksbühne E. V., E. 25, Bismarckstr. 227, Fernsprecher: D 1 Norden 2644, entgegengenommen.

Die Kamern, Unter den Linden 14, zeigt ab Freitag bis einschließlich Dienstag „R“ von Fritz Lang, ab Mittwoch, 17. August, in Neuauflage „Der große Gabbo“ mit Erich von Stroheim.

Ist das nicht ein Doppelspiel?

3. Weiß der „Schmierer“ dieses Ergusses über mich (ich rede nur in meinem Jargon), wo der Annaberg überhaupt liegt und was, rein menschlich genommen, für eine schamlose Tragödie sich in „D.S.“ abspielte?

4. Hat dieser „Verfümmelter“ meiner Grotteske überhaupt schon einen waschechten Oberschlesier jemals gesehen?

5. Im Namen aller zweisprachigen Oberschlesier verbitte ich mir hiermit, daß man uns in der Nazipresse als „öftliche Untermenschen“ bezeichnet.

6. Will sich der „Angriff“ im Interesse seiner idealerfüllten Anhänger dazu äußern, ob der „Herzog von Katiator“, dieser weltliche Obermensch, der kürzlich beim Verschleiben von Borsdorf an der Schweizer Grenze erwischt wurde, Raziemitglied sein darf, das er nach wie vor ist?

7. Wie steht der „Angriff“ zu jener „Oberglögauer Konferenz“ der ober-schlesischen Industriellen im Dezember 1920, wonach der Generaldirektor des Kaiserreiches und Razi Grafen „Tiele-Wintler“ eine Resolution verfaßte, zu fordern, daß, wenn Oberschlesien rechts der Oder an Polen fällt, Oberschlesien links der Oder gleichfalls an Polen fallen müsse! — ?

8. Wie kommt es, daß derselbe Generaldirektor des Grafen Tiele-Wintler, nachdem ihn Graf Tiele-Wintler daraufhin wegen des Pressegesetzes striflos entließ, heute noch Generaldirektor der polnisch gewordenen Besitztümer desselben Grafen ist?

9. Sind durch diese unwiderlegten Tatsachen die „Annabergkämpfer“ nicht bestialischer verraten worden, als durch meine Grotteske, deren Wahrheitsgehalt von mir bewiesen werden kann?

10. Ist der „Angriff“ bereit, meine Grotteske unverfälscht seinen Lesern vorzulegen?

11. Das Honorar in Höhe von 50 Mark für den unberechtigten Teilabdruck meiner Arbeit erlaube ich an den „Fonds der „S.V.-Blinden“ abzuführen.

## „Volkensürmer“ im Capitol.

Als erstes Theater des in Schwierigkeiten befindlichen Emeltankonzerns rettete sich das Capitol in ein eigenes neues Leben. Das begann es mit einer Festvorstellung im Beisein der Fliegerinnen Elli Beinhorn und Marga v. Ehdorff, die ein paar freundliche Worte sprachen. Dann sah man den gegenwärtig größten amerikanischen Fliegerfilm. Er ist ein bitteres Dokument der Menschheitsgeschichte. Großzügig hat sich die amerikanische Marine dem Film zur Verfügung gestellt. Das tun die verantwortlichen Väter aus innerpolitischen Gründen gerne, machen sie doch so gleichzeitig Propaganda für die Bewilligung des Marinestats und die Rekrutenwerbung. Was wir zu sehen bekommen ist ungeheuer. Da macht ein ganzes Geschwader Sturzflüge, die vor gar nicht langer Zeit nur die tollkühnsten Fliegersportler wagten. Wir sehen ein Flugzeugmuttergeschiff, auf dem mit mathematischer Genauigkeit auf fast ungläublich kleiner Fläche Flugzeug nach Flugzeug landet. Mit einem Fahrstuhl werden die Flugzeuge heruntergelassen und das ganze Schiff wird von der Wasserlinie bis zum Deck mit Flugzeugen vollgestapelt. Selbst Luftschiffe machen auf dem Ritterschiff fest. — Wunder der Technik, erfüllte Wunschträume des Menschen als Werkzeuge der völkermordenden Kriegesfurie. —

Aber man muß für den Spielfilm eine Handlung haben und darum genügt wegen zweier Liebesgeschichten das feste Gefüge der amerikanischen Marine ins Schwanken. Zum Schluß ein wohlgeklungenes Loblied auf den braven Mann, der sein Leben läßt für seine Kameraden. Diese Hauptrolle des Unteroffiziers spielt Wallace Beery sehr stark. Die Gefahr liegt darin, daß dieser einmalige Mensch als Typ des Unteroffiziers (schlechtlich erscheinen kann. Der Hauptdarsteller hat in Clark Gable, Conrad Nagel und Marjorie Rambeau hervorragende Mitspieler. Der Regisseur George Hill ist der echte amerikanische Schaumann ins Filmische überlegt. — c. b.

## Schiller vorm Mikrophon.

Da in Schillers Spätwerken der Mensch hinter der Handlung verschwindet, kommen sie einer Aufführung als Hörspiel, für das ja die Menschengestaltung eine schwierige Aufgabe ist, entgegen. Die Münchener Sendung von „Maria Stuart“ bewies das. Hier sind die wesentlichsten Teile der Handlung nicht sichtbar, sondern gebantlich geformt. So reizvoll, wie die Worte des jungen Mortimer und des alten Shresbourn Maria Stuart zeigen, kann keine Bühne sie hinstellen; so dramatisch wie es im Wortgesicht geschieht, kann keine Schaubühne die Begegnung der beiden Königinnen malen; so erschütternd, wie es der Monolog des Grafen Lecelles in der Todeszene ist, kann keine Aufführung die Hinrichtung Maria Stuarts miterleben lassen. Immer stellt sich bei dem fahrbaren Bild der padenden Einheit des Wortes die ablenkende Unzulänglichkeit einer Pseudowirklichkeit entgegen, die bei der Gestaltung der „Maria Stuart“ als Hörspiel entfällt. Darin lag die starke Wirkung der Münchener Sendung. Die meisten Elisabeth-Szenen wirkten dagegen schwächer als auf der Bühne, da Schiller ihre Gestalt menschlich zu erklären versucht. Die vortrefflich gesprochene Münchener Aufführung hätte nur mit musikalischem Beiwerk etwas spärlicher sein dürfen. — 12.

## „Hilspolizei“ raubt „Vorwärts“-Nummern. Ueberfall auf einen Austräger.

In einer der letzten Nächte wurde der Zeitungsbote des „Vorwärts“ in der Carmen-Engel-Str. von einer Raziübermacht überfallen und seiner Zeitungen beraubt. Der Ueberfallene gibt uns darüber folgenden Bericht:

Ich war auf dem Wege von der Ausgabe stelle zu meiner Tour, plötzlich stand ich an der Raugarder Str. Ede Carmen-Engel-Str. vier Nationalsozialisten gegenüber, die mich vollständig einkreisten. Die Burischen waren alle angetrunken und hatten Käder bei sich. Einer von den vieren fragte danach, was ich für eine Zeitung hätte. In dem Moment riß er sie mir aber schon aus der Hand und sah den „Vorwärts“-Kopf, was seine ganze Wut erregte. Die Burischen zerrissen dann die Zeitungen und verstreuten sie auf die Straße. Einer der Stroche fuhr mir, als ich noch zögerte das Meiste zu suchen, mit seinem Kad von hinten zwischen die Beine und rief hinterher: „Wenn du nach Hause kommst, dann sagst du, die Hilspolizei hat die Zeitung beschlagnahmt.“ Ich bemerkte noch, daß der Vorfall vor dem berühmtesten Razi lokal Kufche, Raugarder Ede Carmen-Engel-Str. geschah.



# Die Säulen bersten.

„Alles für uns, nichts für das Gemeinwohl!“

Wiederum sind in Württemberg zwei Säulen der nationalsozialistischen Bewegung geborsten.

In Ludwigsburg ist es ein früherer Chemiker, der sich später als Ingenieur ausgab, namens Klein. Er wurde in Ludwigsburg Ortsgruppen- und Bezirksleiter, Stadtrat, Fraktionsleiter und Landtagskandidat seiner Partei. Gegen die angebliche Korruption in der Stadtverwaltung wurde er aufs Rathaus gewählt. Kaum gehörte Klein dem Stadtrat an, als er ein sehr verdächtiges Interesse für die Lieferungen bekundete, die die Stadt und die Amtskörperschaften Ludwigsburgs zu vergeben hatten. Klein genigte es aber nicht, möglichst viele Aufträge auf dem gefählich einwandfreien Wege zu erhalten. Er brachte es fertig, einen der Nationalsozialistischen Partei angehörenden Beamten, den Direktor des Städtischen Gaswerkes, zu bestimmen, ihm eine Lieferung zu übertragen, die vom Gemeinderat durch förmlichen Beschluß, an dem Klein als Stadtrat mitgewirkt hatte, bereits einer anderen Firma zuerteilt worden war.

Als die in Ludwigsburg erscheinende sozialdemokratische „Redar-Post“ kurz vor der Reichstagswahl diesen Skandal aufdeckte, ließen Klein und seine Partei ein Flugblatt verbreiten, in dem unter den wüsten Schimpereien die Behauptungen der „Redar-Post“ als „ungeheuerliche Wählüge“ bezeichnet und mit dem Staatsanwalt gedroht wurde. Nach der Reichstagswahl wurde Klein sehr kleinlaut. Jetzt hat das Ludwigsburger Bürgermeisteramt bekanntgegeben, daß Klein lang- und kluglos sein Stadtratmandat niedergelegt habe. Den Spießern der Stadt Ludwigsburg, die Herrn Klein als politische Größe angestaunt haben, dämmert es nun langsam.

Der zweite Fall betrifft den in Weiskirchen bei Böblingen vor-

dreiniertel Jahren auf Betreiben seiner Parteifreunde zum Bürgermeister gewählten Zihmann. Dieser hat während seiner Amtstätigkeit erhebliche Beträge anstatt in die Gemeindefasse in seine eigene Tasche stecken lassen. Es soll sich um eine Summe von 4000 Mark handeln. Die Folge war, daß sich die Kriminalpolizei der Sache annahm und den Nazi-Bürgermeister vernahm. Das Ergebnis dieser Untersuchung muß für Zihmann sehr belastend gewesen sein, denn seit seiner politischen Vernichtung ist dieser würdige Bürgermeister spurlos verschwunden!

## „Sächsisches Volksblatt“ erscheint wieder Sächsisches Innenministerium gibt der Beschwerde statt.

Zwickau, 11. August.

Das Verbot des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau, das auf 5 Tage ausgesprochen worden war, ist, wie wir erfahren, auf Grund einer Beschwerde vom sächsischen Ministerium des Innern am Dienstagmittag mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

## „... auf Vater und Mutter schießen.“

Ein 16jähriger Nazi schießt seine Großmutter nieder.

Hannover, 11. August. (Eigenbericht.)

Aus Northeim wird dem sozialdemokratischen „Volkswille“ gemeldet, daß dort ein bei der nationalsozialistischen Zeitung beschäftigter Bürolehrling von 16 Jahren, der Mitglied der Hitler-Jugend ist, seiner Großmutter mit einem Teeyerol eine Kugel in die Schläfe gejagt hat. Die alte Frau wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Man hofft, sie retten zu können. Der jugendliche Mordgehilfe wurde dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Ueber die Ursache der Tat, die mit voller Ueberlegung ausgeführt wurde, wird mitgeteilt, daß der Hitler-Jüngling es auf mehrere hundert Mark Spargeld seiner Großmutter abgesehen hatte. Er wollte mit dem Geld nach Hamburg. Als er das Geld nicht bekam, schob er seine Großmutter nieder. Ein famoses Produkt der nationalsozialistischen Erziehung in der Hitler-Jugend.

## Rot-Frontkämpfer-Büro ausgehoben.

Zahlreiches Material beschlagnahmt.

Hamburg, 11. August.

Wie die Polizeibehörde mitteilt, wurde gestern in einem Hinterhaus der Brüderstraße in dem Gängeviertel, in dem am Vormittag die Kozja stattgefunden hatte, das Büro der Gauleitung des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes entdeckt und ausgehoben.

Man beschlagnahmte die gesamte Kassenbuchführung und die Mitgliederkartei, außerdem eine Menge Schriften militärpolitischen höherrätorischen Inhalts, Ausrüstungsgegenstände und Abzeichen des R. F. B. Die Leiter des Büros, die der Polizei bekannt sind, werden im Interesse der Untersuchung nicht genannt.

Zusammenstöße nach einer Beerdigung. Im Anschluß an die Beerdigung des nationalsozialistischen Dentisten Krebek kam es in Chemnitz mehrfach zu Zusammenstößen zwischen SA-Leuten und Kommunisten. Drei Personen wurden verletzt.

Wetter für Berlin. Heiter, trocken und sehr warm. — Für Deutschland. Im Südwesten aufkommende Gewitterneigung, im übrigen Reich beständig und sehr warm.

Beantwortl. für die Redaktion: Rüd. Bernstein, Berlin; Anzeigen: Otto Densch, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin, Daud; Postamt: Buch- und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Unterstr. 5. Hierzu 1 Beilage.

# Beschäfts-Anzeiger

**Fenster- und Gebäude-Reinigungs-Gesellschaft m. b. H.**

Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernruf: F 8, Oberbaum 3553-54

**Billigste und zuverlässigste Ausführung**

aller Reinigungsarbeiten / Bohrer- und Oelmaschinen / Staubsauger / Vertreterbesuch jederzeit unverbindlich

**W. Ollendorf**  
Obst, Gemüse en gros  
Dircksenstraße 48-49  
Weidendamm D 2 6032

**Kauft Porzellan im Konsum-Warenhaus**

**Grändorf & Zehendorf**  
Eisenkonstruktion  
Kleisenbau  
Schlosserei  
Berlin SO 36, Waldemarstraße 43

**R. Blume g. m. b. H.**  
Bronze-Bau / Eisen-Bau  
Charlottenburg

**Ernst Hartmann**  
Tischlermeister  
Tischlerei für Innenausbau  
Geschäftseinrichtungen jed. Art  
Berlin NO 18, Pallasenstr. 77  
Fernruf E 3, Königstadt 9413

**Ringfreie Tapetenfabrik Hermann Meißner**  
S 14, Hauptgeschäft u. Zentrale: Alte Jakobstr. 81/82

**Berliner Filialen:**  
W 9, Potsdamer Str. 32a (Ecke Köpenickerstr.)  
O 27, Blumenstr. 1 (Ecke Birkenbrunnstr.)  
S 59, Kottbuser Panm 29/30 (am Hermannplatz)  
NW 31, Turmstraße 31  
N 58, Schönhauser Allee 122 (a. Stadt, u. Hochk. Korbring)  
N 20, Bahstr. 17 (am Bahnhof Gesundbrunnen)  
Charlottenburg 5, Schloßstr. 20/21 (am Sophie-Charlotte-Platz)  
Lichtenberg, Frankfurter Allee 231  
Potsdam (Brandenburg), Ecke Waisenstraße  
Fabrik in Rüdersdorf, Kreis Niederbarnim.

**Malerhütte**  
Berlin G. m. b. H.  
VORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1911  
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39  
FERNSPR.: E 4 ALEXANDER 3628-30  
**ALLE MALERARBEITEN**  
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

**Julius Ehl** Aufzüge  
Reparaturen 1254  
Neulieferungen  
Bin.-Wilmsdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Platzburg 1433

**Wäsche nach Gewicht**  
Leihwäsche  
Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112  
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2820 (26)  
Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

**Eduard Busse G. m. b. H.**  
Berlin N 85, Tegeler Str. 13 Fernruf: Wedding D 8, 0573  
**Bauklemmerei - Dachendeckung**  
Gas-, Wasser-, gesundheits-technische Anlagen

**KAVEMAY Cohn**  
Das Haus der guten Gurken  
Grünstraße 23/24 Köpenick am Schloßplatz

**Autozubehör \* Wilhelm Grabs**  
Vertrieb in- und ausländischer Reifen  
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-  
Werkstätte / Autozubehör  
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249  
Nahe Belle-Alliance-Platz - Tel. F 5 Bergmann 4736

**Jalousie-Fabrik**  
Seit 1910 [24]  
**Ernst Garf, Inh. E. & J. Garf**  
SO. 36, Britzer Str. 7. Tel. F 1 Moritzpl. 3070

**Klischees**  
Galvanoplastische Werkstätten  
**K.-G. Baum & Co.**  
SW 68, Alte Jakobstraße 144  
Telephon: Dönhoff 890 - 891

**Saure Gurken**  
in bester Qualität liefert  
**Paul Grabnick, Lichtenberg**  
Rittergutstraße 129a Telephon: E 5 2653

**Greif Camemberl**  
die führende Marke  
Erhältlich in allen Lebensmittel- und Feinkostgeschäften

**Paul Miefner**  
Eisenwarenhandlung  
Köpenick, Schloßstr. 13  
Tel.: F 4 Sommernummer 2505.

**Groß-Destillation B. Schulz**  
Früher: Kottbuser Tor  
Jetzt: Dresdener Straße 7

Zigarren - Zigaretten  
Tabake  
**Hugo Schröder**  
Berlin S 42, Brandenburgstr. 82

**J. Andermann**  
Ges. m. b. H.  
N 34, Memeler Str. 50, Fernspr. Königstadt 3290/91  
**Eiergroßhandel**  
Import Export

Verlange in  
**Harzkäse**  
„Garbolzumer ist das Beste!“  
„M. S. tadellos!“

**Groß-Destillation August Schulz**  
Dresdener Straße 135  
Kottbuser Tor

**Restaurant A. Pohst**  
Stargarder Str., Ecke Lychener Str.  
Verkehrslokal der Partei und Reichsbanners

**Restaurant Walther's Lucullus**  
Belle-Alliance-Platz 16  
Gaufrüherlicher Mittagstisch  
Besteplegliche Biere zu soliden Preisen

**TACO**  
Kraftfahrzeugwerkstätten G. m. b. H.  
Charlottenburg, Schloßstr. 69, Wilm. 9223/24  
Reparaturen sämtlicher Systeme  
Filiale  
**TACO-AUTO-DIENST**  
Carl Tauffenbach  
Bin. NW 6, Luisenstr. 31a, Weidm. 3933  
Bereifung / Autozubehör  
Groß-Dampf-Vulkanisieranstalt

**Fliesen**  
Fußboden- und Wandbekleidung  
Altdeutsche und Veltener Ofen.  
Niederlage  
**Baugesellschaft „Lapis“, Berlin N 31**  
Swinemünder Straße 67 Tel.: D 4 Humboldt 3810

**Werkstätten Plato**  
:: Möbel-Bau ::  
Innenarchitektur  
Berlin S 59, Kottbuser Damm 79  
Fernsprecher Amt F 2, Neukölln 2793

**Gegen Einbruch** bewegliche und feststehende Gitter  
Stab-, Roll-, Schiebe-, Zieh- und Falzgitter  
EM. KOTZUR, Gitterfabrik und Schlosserei  
Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 13 :: 8 1, Stephan 4344

**Karl Zacher**  
Nachf.  
In- und ausländische Früchte  
C 25, Dircksenstraße 48/49  
Telephon: Weidendamm D 2 0255  
Telex: C 8 1022

**Wiesener-Butter**  
Wiesner & Co., N 58, Wörther Str. 3  
D 4 Humboldt 1055

**Georg Rinneberg**  
Berlin-Steglitz Fernspr. G 9 Albrecht 3805 Beymestr. 3  
Dieselmotoren - Treiböl - Dieselmotoren - Zylinderöl  
Braunkohlenteeröl / Paraffinöl / Gasöl / Waschpetroleum  
Heizöl / Braunkohlenteer-Benzin / Braunkohlenteer-  
Pech / Rohes u. gebleichtes Montanwachs Marke „Riebeck“  
Paraffin - Riebeck-Kerzen

**Kartoffel-Kontor**  
G. m. b. H., NW 40, Heidestr. 30. - Hansa 4848.  
lietert  
**Speisekartoffeln**  
für Groß-Verbraucher,  
Kantinen u. Behörden

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!



# Drohende Kulturreaktion

## Die Regierung lüftet die Maske

### Ein Rundschreiben von Gayl

Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, hat an die Unterrichtsminister aller Länder ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er seine schulpolitischen Absichten mitteilt. Es scheint der Versuch zu sein, die diktatorische Gewalt des Artikels 48 der Reichsverfassung auf schulischem Gebiet sich auswirken zu lassen. Und da der Reichsinnenminister gleich am Anfang seines Briefes darauf hinweist, daß „die Frage des Reichsschulgesetzes, nach wiederholten vergeblichen Versuchen, noch immer der Lösung harret“, wird es bei diesem literarischen Versuch nicht bleiben. Herr v. Gayl deutet damit vielmehr einschneidende gesetzgeberische Maßnahmen an, die er auch, wenn der Versuch der Lösung der Frage des Reichsschulgesetzes wieder scheitern würde, wahrscheinlich auf dem Wege der Notverordnung durchführen will. Vorläufig will er wohl das Zentrum, die evangelische Orthodoxie und die Nationalsozialisten für seinen Reichsschulgesetzvorschlag gewinnen. Deshalb entwirft er in seinem Brief den Plan einer christlichen Zwangsschule mit völkischem Charakter.

Nach der Nationalversammlung haben wir schon viele Entwürfe zum Reichsschulgesetz erlebt, aber dieses hier ist der reaktionärste Vorschlag, der je gemacht wurde. Statt einen klaren Aufbau des Schulwesens und eine inhaltliche Zielsetzung zu geben, die dem geschichtlichen Werden des deutschen Volkes gerecht wird, arbeitet das Rundschreiben mit unklaren idealistischen Werten, hinter denen wir die schlimmsten Absichten vermuten müssen, den Terror gegen die fortschrittliche Eltern- und Lehrerschaft.

Kein Wort steht in dem Brief von der Einheits- und Gemeinschaftsschule, um die alle wirklichen Erzieher die langen Jahre gekämpft haben, weil nur sie eine Ausbildung unserer Kinder ermöglicht, die jeder Veranlagung gerecht wird, ohne Rücksicht zu nehmen auf den Geldbeutel und die politische Einstellung des Vaters. Und der Aufbau des Staates ist undenkbar, wenn die wertvollen Kräfte aus dem Proletariat nicht durch richtige schulische Pflege zu positiver Mitarbeit ausgebildet und begeistert werden. Aber der freiherrliche Brief scheint nur das christlich-nationale Bürgertum zu kennen und hat deshalb deutlich erkennbar die Tendenz gegen den Aufstieg des proletarischen Kindes.

Jeder könnte damit einverstanden sein, daß „parteiliche Einseitigkeiten in der Personalpolitik, parteipolitisch gefärbte Schulversuche, Einführung parteilicher Lehrbücher“ ausgeschaltet werden müssen. Aber gerade unter der Ära v. Gayl werden tüchtige Schulverwaltungsbeamte und Lehrer abgebaut, nur aus politischen Gründen, um deutschnationalen und nationalsozialistischen Beamten Platz zu machen. Die Nationalsozialisten lassen in Brandenburg, Mecklenburg und Anhalt in unverantwortlicher Weise das Parteibuch maßgebend sein; wir brauchen nur an den Abbau sozialistischer und dissidentischer Lehrer bei der Zerstückelung der Sammelkassen in Braunschweig zu erinnern. Wir haben aber noch nicht gehört, daß sich Herr v. Gayl gegen diesen Mißbrauch der Parteigewalt wendet. Vielmehr steht in seinem Schreiben: „Schulen oder Erzieher, die sich dieser deutschen Bildungsaufgabe verweigern, weil sie selbst kein Verständnis zum deutschen Volkstum haben oder unklaren Wünschen einer in ihrem deutschen Empfinden getriebenen sogenannten „modernen Jugend“ nachgeben, sollten im deutschen Bildungswesen keinen Raum haben.“ Was heißt getriebenes deutsches Empfinden? Das dürfte inhaltlich zutreffen auf Nationalsozialisten, die zum Bürgerkrieg gehen. Wir müssen aber annehmen, daß Herr v. Gayl diese Kreise nicht meint, sondern alle demokratischen Erzieher, die gemäß der Reichsverfassung den Gedanken der Völkerveröhnung pflegen. Was heißt „moderne Jugend“? Soll das ausdrücken, daß an der Schule des Freiherrn v. Gayl kein Platz ist für sozialistische und dissidentische Lehrer?

Das Ideal der deutschen Erziehung ist und bleibt die Gemeinschaftsschule, in der konfessionelle Streitigkeiten und kirchliche Unbilligkeit keine Stätte haben. Wir leben in einem weltlichen Staat, also muß auch die deutsche Gemeinschaftsschule eine weltliche Grundlage haben. Herr v. Gayl hält es aber „stets für seine besondere Pflicht, das Recht und die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern und zu schützen.“ Weiß der Herr Innenminister nicht, daß es in dem von ihm geleiteten Staat Millionen von Freiheimern gibt, daß daneben Millionen von Eltern die Kirchenschule ablehnen, daß Hunderttausende von Kindern vom Religionsunterricht abgemeldet sind? Will er das Recht dieser Eltern, Lehrer und Kinder mit Füßen treten und sie dem Mittel der diktatorischen Gewalt zur Bestimmungsherrschaft zwingen? Nun, jeder Politiker weiß, was dabei herauskommt. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Kein, dieser Brief des Herrn von Gayl atmet nicht den Geist der Verfassung, nicht den Geist eines einsichtigen Pädagogen und aufbauenden Schulorganisations. Er ist als Grundlage für ein Reichsschulgesetz völlig undiskutabel, weil er die Gemeinschaftsschule verneint zugunsten einer konfessionellen Zwangsschule, weil er das Recht der Gewissensfreiheit ausschaltet und den Willen der Erziehungsberechtigten unterdrückt. Wie einseitig und ungerecht diese christliche Grundlage aller Erziehung gesehen ist, ergibt sich auch daraus, daß er, wenn er schon § 146.1 der Reichsverfassung nicht berücksichtigen und nach § 146.2 keine Weltanschauungsschule durchzuführen will, doch wenigstens auch die in diesem Abschnitt vorgesehene freigeistige Weltanschauungsschule gestatten müßte. Wir kennen diesen Ton schon von den nationalsozialistischen Rednern aus dem Preussischen Landtag: „Die weltlichen Schulen werden aufgelöst und damit beseitigt.“ Die Eltern haben zu parieren, sonst bekommen sie die Knute zu fühlen.

Dieser Brief ist das schulpolitische Dokument junferlicher Restauration. Scheinbar sollen die deutschen Schulen umgewandelt werden in Katakomben, in denen staatsbürgerliche Petrusen gedrückt werden, die sich einem freiherrlichen Diktator ohne Knurr und Rurr unterwerfen. „Nur dann ist aber die Jugend für ihren Dienst an Volk und Staat recht vorbereitet, wenn

sie gelernt hat, sachlich zu arbeiten, klar zu denken, ihre Pflicht zu erfüllen und wenn sie auch daran gemöhnt worden ist, sich in Zucht und Gehorsam den Ordnungen der Erziehungsgemeinschaft einzufügen und sich willig echter Autorität unterzuordnen.“ Sollten wir uns irren? Nun machen wir die Probe aufs Exempel. Unsere Sammelkassen haben sich erfolgreich bemüht, die Kinder dazu zu erziehen, daß sie sachlich arbeiten, klar denken, ihre Pflicht erfüllen. Die Kinder sind daran gewöhnt, sich echter Autorität unterzuordnen, ihren Platz im Gemeinwesen der Schule auszufüllen und darüber hinaus selbständig in der Organisation der Schulgemeinde zu arbeiten. Ob der Freiherr v. Gayl sich nun schügend vor die Sammelkassen stellt gegen die wütenden Angriffe der Nationalsozialisten, deren Terror sie sich nicht beugen wollen?

Wir glauben nicht daran; denn dieser Brief zeigt kein Verständnis für das proletarische Kind und seine Pflege und Erziehung in der öffentlichen Schule. Dieser Brief scheint sich vielmehr völlig am nationalsozialistischen Schulprogramm zu orientieren mit seiner Forderung nach der ständisch gegliederten völkischen Konfessionsschule, die in ihrer dogmenhaften Unbilligkeit einseitig gegen sozialistische Weltanschauung gerichtet ist und deshalb keinen Platz bietet für den Aufstieg des Arbeiterkindes.  
Dieter Distel.

### Ein Eingriff in Preußen

Die kommissarische Preußenregierung hat dieser Tage der Evangelischen Landeskirche das Recht der Einmischung in den Religionsunterricht der öffentlichen Schulen zugesprochen. Bekanntlich forderte die Kirche vor einiger Zeit nach zwölfjähriger friedlicher Zusammenarbeit mit der Schule das Recht, den Religionsunterricht durch eigene Beauftragte zu überwachen und bei der Anstellung der staatlichen Schullehrer mitzuwirken. Dieses Ansinnen, das den tieferen Sinn hat, das nach der Revolution verlorene gegangene kirchliche Aufsichtsrecht über Schule und Lehrer wiederzuerlangen, wurde unter voller Billigung der preussischen Lehrerschaft von dem bisherigen Kultusminister Dr. Grimme zurückgemiesen. Die kirchliche Forderung gründet sich auf einen Ausführungserlass der alten Preussischen Verfassung von 1850, die jedoch seit 1920 keine Rechtsgültigkeit mehr hat. Eine Mitwirkung der Kirche bei der Anstellung der Schulaufsichtsbeamten würde zudem der Reichs-

verfassung zumiderlaufen, in der bestimmt ist, daß die Zulassung zu den öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis zu erfolgen hat.

Trotz dieser Bedenken hat die „neue Staatsführung“ den Machtansprüchen der Kirche nachgegeben und damit die Gefahr eines neuen Schulkampfes heraufbeschworen, der in einer Zeit des Schulabbaus schwere Folgen haben kann. Schon vor einigen Wochen haben die preussischen Lehrerverbände und die organisierten evangelischen Religionslehrer sich in ihrer Gesamtheit für die Ablehnung der Kirchenforderungen ausgesprochen. Die Lehrerschaft sieht darin eine bedauerliche Mißtrauenskundgebung gegenüber den Religionslehrern und ihrer Arbeit und hat die Kirche wiederholt gewarnt, den mühsam erreichten Frieden zwischen Kirche und Schule zu stören. Wie stark die Abneigung der Lehrerschaft gegen die Wiederehr der Schulaufsicht durch pädagogisch ungeschulte Geistliche ist, beweist eine Umfrage, die der 70 000 Mitglieder zählende Preussische Lehrerverein vor einiger Zeit in verschiedenen Kreisen an seine Mitglieder stellte. Hierin waren 80 bis 90 Proz. der Lehrer eingeschlossen, von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und den Religionsunterricht niederzulegen, falls der Kirche das Recht der Beaufsichtigung zugestanden werden sollte. Eine Entscheidung, die verständlich wird, wenn man weiß, wie die Lehrerschaft unter der kirchlichen Aufsicht der Vorkriegszeit um die rein staatliche Schulaufsicht gekämpft hat. Es war die von der Lehrerschaft unergiebte Befreiende Tat des ersten sozialdemokratischen preussischen Kultusministers, die geistliche Schulaufsicht beseitigt zu haben. Mit dem Erstarken der reaktionären Machtgruppen ist in der Kirchenregierung, die dem republikanischen Staat nie freundlich gegenüberstand, das Bestreben gewachsen, wieder Einfluß auf die öffentliche Erziehung zu gewinnen. Umgestaltung der Erziehung in kirchlichem Sinne fordert General-Superintendent Dibelius; und jedem Einsichtigen ist klar, was das bedeutet: unsere neue Erziehung soll den unvermeidlichen Schritt nach rückwärts tun, zu den Methoden einer auf Drill und Prügel gegründeten Autoritätspädagogik, wie sie unter der Kirchenaufsicht üblich war.

Es ist das fragwürdige Verdienst der neuen Staatsführung, diesen Konflikt zwischen Schule und Kirche in einer Weise entschieden zu haben, die einen neuen Kulturkampf veranlassen muß. Ob damit der Papstlichen „Staatsraison“ und der inneren Befriedung Deutschlands gedient ist, wird man bezweifeln müssen. o. z.

# Das Programm der „Nationalen“

Die nachfolgenden Ausführungen zeigen, wie sehr die programmatischen Leitfäden von Gayl mit den deutschnationalen und nationalsozialistischen Wünschen übereinstimmen.

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat dieser Tage ein neues Reichsschulgesetz angekündigt, das die deutsche Jugend- und Erziehung auf neue Grundlagen stellen soll. Wir können uns gut vorstellen, in welcher Art man die öffentliche Erziehung im neuen Deutschland umstellen wird; denn erst vor einigen Wochen haben die Deutschnationalen und die Nazis ihre Schulforderungen und Erziehungsprogramme ausführlich in Wort und Schrift dargelegt. Und es besteht kein Zweifel darüber, daß die neue Staatsführung sich in erster Linie nach den Forderungen dieser „aufbauwilligen Kräfte“ richten wird.

Der Deutschnationale Lehrerbund veröffentlicht in der „Nationalen Erziehung“ die deutschnationalen Schulforderungen „für die künftige Arbeit in Preußen“. Da heißt es u. a.: „Die Schularbeit wird politische Willensforderung, gerichtet auf die Entfaltung und Förderung der Volkheit. Die Kriegsschuldfrage, der Kriegsverlauf, das Heidentum im Krieg, die Revolution im November 1918, der Versailles Vertrag, die Frage der Kolonien sind für die deutsche Schule nicht Probleme; die Behandlung dieser Fragen hat das Wollen der jungen Deutschen zielbewußt auf die Behauptung staatlicher und völkischer Freiheit zu lenken. Die staatsbürgerliche Erziehung findet ihr ehernes Geleis in der Wehrhaftigkeit und im Wehrwillen.“

So soll aber schon in der Schuljahre der „Revanche“-Gedanke geweckt werden und die Anschauung wachsen, daß der Krieg nicht etwas Schreckliches, Menschenunwürdiges, sondern Heldentum und Größe bedeutet. Dieser Auffassung entspricht auch die Forderung, daß „Lehrer, die internationalistische pazifistische Bestrebungen förderten oder fördern, von der Arbeit an den deutschen Schulen auszuschließen sind“. Erziehung zum Friedensgedanken soll also danach mit Dienstentlassung bestraft werden. In eine auf Erziehung zum Wehrwillen gerichtete Schule, in der auch der Führergedanke besondere Förderung erfahren soll, paßt die Pädagogik der Kameradschaftlichkeit und der Erziehergüte schlecht hinein. Die Deutschnationalen fordern darum „Wiederherstellung der Autorität, Zucht und Disziplin“ in der Schule. Der Ausdruck „Wiederherstellung“ zeigt deutlich, daß eine Wiedereinführung der Vorkriegsmethoden in der Schulzeit gemeint ist, deren Hauptmittel die Prügelstrafe war. Die zur Zeit geltenden, die Prügelanwendung stark einschränkenden Bestimmungen dürften demnach in Zukunft außer Kraft gesetzt werden.

Neben all diesen nach dem „Ideal“ der Vorkriegsschule hin strebenden Forderungen finden die eigentlichen pädagogischen Gegenwartsfragen, Arbeitsschule und Gemeinschaftserziehung, kaum Erwähnung. Sie werden lediglich mit dem vielgeliebten Satz abgetan, daß die pädagogischen Konjunkturmacher der Nachkriegszeit kaltzustellen seien.

Atmen schon diese Erziehungsforderungen den Geist der pädagogischen Reaktion, so muten die Ausführungen, die in Heft 22 der programmatischen „Nationalsozialistischen Monatshefte“ über das Thema „Erziehung“ veröffentlicht werden, ge-

radezu mittelalterlich an. Im nationalsozialistischen „Kulturstaat“ (?) soll die Erziehung von folgenden Grundfragen ausgehen:

1. „Kinder sind nicht mehr als Privatangelegenheit der Eltern, sondern als kostbares Volksgut zu betrachten. Der Staat allein leitet die Erziehung der Kinder, wobei in erster Linie die körperliche Erziehung der Jugend und erst in zweiter und dritter Linie die Ausbildung des Charakters und des Geistes gewährleistet werden muß. Der deutsche Knabe soll zum Krieger, das deutsche Mädchen zur Kriegermutter werden.“

Im Dritten Reich hat also die Frau nicht mehr das Recht, ihre Kinder mit der heiligen Kraft ihrer mütterlichen Liebe zu pflegen und zu erziehen. Das besorgt allein der Staat; ihm gehören die Kinder. Er erzieht sie zu Krieger- und Kriegermüttern, zu Rekruten, die Hitler in seinen Eroberungskriegen als Kanonenfutter benötigt, und zu Frauen, die keine andere Aufgabe haben als die, wiederum neues Rekrutenmaterial zur Welt zu bringen. In allgemeiner menschlicher Deutlichkeit: Die in den Schulen der Nazis erzo-genen Jungen Menschen können getrost die größten Schweinehunde und die dümmsten Wasserköpfe sein — die Hauptsache ist, daß ihre Körperkraft ausreicht, um als SA-Mann den Margisten niederzuknuppeln oder als Hitlerrekrut Gewehr und Tornister zu tragen.

2. „Der Feldweibel muß im Zustand der rassistischen Entartung die Schulklasse übernehmen und der mit Humanität vollgefaugte (!) Schulmeister abtreten.“

Es soll wieder so werden wie zu Zeiten des Alten Fries. Der Lehrer, der in Goethe, Pestalozzi und den großen Menschheits-erziehern seine Vorbilder erblickt und die ihm anvertrauten Kinder zu nützlichen Gliedern der Volksgemeinschaft im Geiste der Menschlichkeit erzieht, soll verschwinden, an seine Stelle soll der Feldweibel treten, der aus der Schule eine Kaserne macht. Die alte preussische Militärerziehung mit ihrem Kadavergehorsam und Drill, ihrer Roheit und Prügelstrafe soll an die Stelle der erzieherischen Güte und Menschlichkeit treten.

3. „Im Dritten Reich werden Kinderheime geschaffen, in denen die Kinder sittlich und rassistisch verdächtigter Eltern untergebracht werden. Auch die uneheliche Mutter muß mit ihrem Kind in ein Heim gehen, um sich dort bei Arbeit und Kinderpflege als der mütterlich und sittlich einwandfreie Charakter zu erweisen, dem eine Rente anvertraut werden kann.“

In diesen Ankündigungen offenbart sich die ganze Brutalität nationalsozialistischer Erziehungsmethoden. Zu den „rassistisch und sittlich Verdächtigten“ gehören nach der Ansicht der Nazis Führer nicht etwa nur die Angehörigen fremder Rassen, sondern alle, die die nationalsozialistische Lehre bekämpfen. Allen Eltern, die den „Sozialismus“ Hitlers als Volksbetrug erkannt haben, will man demnach im Dritten Reich zur Strafe die Kinder fortnehmen und in Kasernen sperren, wo ihnen der Nationalsozialismus mit Gewalt eingetrichtert werden wird.

Das sind die „Grundlagen“, auf denen im neuen Deutschland die Jugend- und Erziehung aufgebaut werden soll! Den Jüngern des Menschenfreundes Pestalozzi wird die Arbeit in den Schulen des „neuen“ Staates wenig Freude bereiten.  
a. l.



# Was bringt der Arbeitersport?

## Die nächsten Veranstaltungen

Die Ausscheidungskämpfe im Ringen für die Berliner Städte Mannschaft des Arbeiter-Athleten-Bundes werden Freitag, 12. August, ausgetragen. Es sind hierzu nur diejenigen Ringer aus den Vereinen zugelassen, die sich bei Vorausscheidungskämpfen qualifizierten. Besonders interessant werden die Kämpfe zwischen Langer (Sparta) gegen Schlittens (Mit-Beeding) im Fliegengewicht, B. Wittmann (Sparta) gegen Lehmann (Ludewald) im Leichtgewicht, A. Wittmann (Sparta) gegen Höhne (Legel) im Mittelgewicht und der Uberschwergewichte Rosenkranz (Mit-Beeding) gegen Bösch (Sparta) und Hildebrandt (Legel) sein. Die Kämpfe beginnen um 19:15 Uhr in der Turnhalle des Kraftturnvereins „Sparta“, Reutbahn, Schule Eberstraße 11/12.

**Freiluftbogenschüsse in Treptow.** Der Bogensportclub „Britannia 32“ (Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes) veranstaltet Sonnabend, 13. August, im Viktoriapark in Treptow, Am Treptower Park 25/26, einen Freiluft-Bogenschützenfest. Der Verein hat die Bogen aus den Vereinen „Mit-Beeding“ und „Nichtenberger Faustkämpfer“ verpflichtet können, so daß mit harten und interessanten Begegnungen zu rechnen ist. In einem Schülerturnier bestreitet Kunz L. eine spätere Hoffnung für die Männerklasse, seinen 25. Kampf. Es starten vom Fliegen- bis Halbschwergewicht für Britannia: Köhler, Heppa, Gmeyer, Rabe, Lafer, Lenz, Koch und Hedrich. Außerdem werden noch 2 Schüler- und 2 Einladungskämpfe gestartet. Beginn der Kämpfe 20 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt inkl. Tanz 50 Pfennig.

**Arbeiter-Artisten werden.** Der Arbeiter- und Kraftturn-Verein „Hoffnung 1888“ (Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes) hat seit seinem Bestehen der Artisten große Aufmerksamkeit geschenkt; zahlreiche Berufsartisten haben hier einst ihre Ausbildung erhalten. Jetzt geht der Verein dazu über, neue Mitarbeiter und Anhänger der Artisten auszubilden. Der Verein, der über ausgezeichnete Lehrkräfte verfügt, nimmt noch neue Mitglieder auf. Die Übungsstunden finden jeden Donnerstag in der Turnhalle Reichenberger Straße 42 statt. Sportler, Reichsbannermitglieder, Gewerkschafter und Parteigenossen finden hier reichlich Trainingsmöglichkeiten.

## Schwimmsportliches

Die Freien Schwimmer Groß-Berlin, Gruppe Reutbahn, veranstalten alljährlich am Sonntag vor oder nach dem Verfassungstag, diesmal am 14. August, ihr volkstümliches Kinder-

schwimmfest. Wasserscherze und humoristische Einlagen umrahmen das Schwimmprogramm. Besonders verköhnt wird das Fest durch die Mitwirkung des F.R.G.-Musikkorps und der Kinderfreunde. Die Schwimmer erwarten alle Angehörigen der Eisernen Front um 15 Uhr im eigenen Sommerbad, Grenzallee-Brücke.

„Über durch den Plöhensee“ betitelt sich die Veranstaltung, die der 2. Bezirk des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund am Sonnabend, 13. August, um 18 Uhr, im Plöhensee durchführt. An diesem Dauerschwimmen nehmen außer den Turnern, Sportlern und Wasserfahrern auch Reichsbannerkameraden in großer Zahl teil. Außerdem haben fast alle Schwimmvereine des Bezirks ihre Meldung abgegeben. Während die Kinder und Jugendlichen bei dieser Dauerprüfung nur 500 Meter zu bewältigen haben, müssen die Männer und Frauen die Strecke von 1000 Meter durchschwimmen. Es ist nicht möglich, bei 500 Startenden die Sieger der einzelnen Klassen bereits im Voraus zu bestimmen, doch werden Vertreter des Schwimmvereins Hellas, dem diesjährigen Kreismeister im Wasserball, schon durch die genaue Kenntnis der Schwimmstrecke, in der Spitze zu finden sein.

## Leichtathletik

Am Dienstag, 16. August, veranstalten die Arbeitersportvereine Volkssport-Beeding, VSB, Beeding, VSB, Rot-Weiß und Freie Sport-Vereinigung Reinickendorf-West im Stadion Rehberge um 18 Uhr ein Abendsportfest. Nach dem gemeinsamen Einmarsch von über 250 Teilnehmern werden neben den leichtathletischen Einzel- und Mannschaftswettläufen vor allem die Stafetten und Spiele für den Arbeitersport werden. Zahlreiche Männer-, Frauen- und Jugendmannschaften der vier Vereine versprechen guten Sport. Die Schweden- und die 4x100-Meter-Stafette werden wie immer den Hauptanziehungspunkt bilden. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

**Zehn Jahre Sport-Verein Noabit.** Der Sport-Verein Noabit veranstaltet am 27. und 28. August aus Anlaß seines 10jährigen Bestehens ein bundesweites Sportfest auf dem Sportplatz Tiergarten. Der Sonnabend ist in der Hauptsache den Kinderwettkämpfen vorbehalten. Da in diesem Jahre die Sportfestspiele in Berlin selbst nicht sehr häufig waren, darf mit beträchtlicher Beteiligung in allen Disziplinen gerechnet werden. Interessierte Vereine fordern die Ausschreibung hierzu an von A. Rosin, Berlin S. 59, Hagenstraße 6. Meldeschluß ist der 17. August.

# Der Jude wird verbannt

## Ein guter Fußballtrainer als Opfer nationalsozialistischer Hetze

Wie der Nationalsozialismus das Sportleben bedrückt, davon gibt ein Vorfall in Nürnberg Kunde. Der dortige „F.C. Nürnberg“ hatte den Ungarn Jeno Konrad als Trainer angestellt. Da Konrad angeblich Jude ist, konnten die Nazis nicht ruhig bleiben. In dem bekannten Skandalblatt des Herrn Streicher wurde in echt nationaler Manier gegen den „Juden“, der daran schuld sein sollte, daß der Klub es in den letzten Jahren zu seiner Meisterschaft gebracht hat, vom Leder gezogen. Herr Konrad hat daraufhin Nürnberg verlassen; er dürfte sich überzeugt haben, daß es selbst in Nazi-Deutschland noch gefährlicher zugeht, als in Hitler-Deutschland. Die Berliner „Fußballwoche“ kennzeichnet den Vorgang durchaus richtig, wenn sie schreibt:

„Der erfolgreiche Trainer Jeno Konrad des F.C. Nürnberg hat am Sonnabend in Nürnberg und Stadt verlassen, weil eine gemeine politische Hetze gegen ihn getrieben wurde. Nach Erkundigungen bei der Vorstandschef des F.C. Nürnberg erfahren wir, daß der Dienstvertrag mit Konrad im September 1932 abgelaufen und vorausichtlich nicht mehr erneuert worden wäre, weil die Vereinsfinanzen die Belastung nicht mehr ertrügen. Deshalb hätte Konrad es vorgezogen, schon jetzt auszuweichen. Ob politische Intrigen gegen den Ungarn geponnen wurden, sei der Vorstandschef un-

bekannt. In Wirklichkeit scheint Jeno Konrad, dessen Qualitäten als Mensch und als Sportsmann über jeden Zweifel erhaben sind, einen schmutzigen Angriff in einer Nürnberger radikal-politischen Wochenzeitung zum Anlaß genommen zu haben, vor Ablauf seines Vertrages das Feld zu räumen. Man hat sich in der erwähnten Zeitung in absolut sportfremder, dafür um so typischer einseitig-brutaler Weise mit Konrad befährt und ihm nicht mehr und nicht weniger zur Last gelegt, als daß „der Jude“ daran Schuld trage, daß der Klub in den letzten Jahren keine deutsche Meisterschaft mehr erungen habe! Das völlig formale, nur auf gewisse Instinkte abzielende Pamphlet eines Anonymus trägt die bezeichnende Uberschrift: „Der F.C. Nürnberg geht am Juden zugrunde.“ Weil man zu feige war (und ist!), sich die Einschüchterung extremer „Politiker“ in die ureigensten Angelegenheiten des Vereins zu verbiten, darum ist ein maochener Sportsmann hinausgetrieben worden. Das sind himmelschreiende Zustände.“

Ja, freilich, aber das kommt nach ganz anders, wenn erst die Nazis dank der Feigheit des deutschen Bürgertums, einschließlich der bürgerlichen Sportler am Ruder sind. Daß die bürgerlichen Sportler mit verschwindenden Ausnahmen Hitler wählen, ergibt sich ja aus den Wahlziffern. Wie heißt es doch: Nur die allergrößten Käiber...

heit bleiben. Es ist ihnen unter allen Umständen unterlag, die unter der Flagge des DAF zu tun.“ Hoffentlich ist das nur die Meinung des Herrn Ersten Vorsitzenden. Die Mitglieder des Deutschen Kanuverbundes scheinen schon vor ihm eingesehen zu haben, daß — siehe oben!

## Die Bolschewisten der DT.

Als die von Hitler geduldet Regierung der Herren und Barone ihr Amt antrat, machte sie durch den Reichsminister v. Papen ihren Vorgängern den Vorwurf: „Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Wir erinnern uns, daß schon Jahre vorher in der „Deutschen Turnerschaft“ öffentlich noch schärfere Behauptungen gegen die Erwerbslosenunterstützung aufgestellt wurden. Das offizielle Organ der Deutschen Turnerschaft, die „Deutsche Turnzeitung“ Nr. 13 von 1927, schrieb:

„Als Abhilfemittel gegen sämtliche Schäden einer langjährigen Erwerbslosigkeit sind eingeführt: Erwerbslosenunterstützung und die produktive Erwerbsloshilfe, und vorgekehrt wurden: Arbeitsübungen für Erwerbslose, Sportpflicht, Arbeitsdienstplicht. Zu diesen Mitteln ist zu bemerken, daß die Erwerbslosenunterstützung Bolschewistenheere in den Städten heranzüchtet, die produktive Erwerbsloshilfe diese auf das Land verpflanzt.“

Damals wurden also schon rein nationalsozialistische Auffassungen in der Deutschen Turnerschaft öffentlich vertreten. Mit dem Pflichtturnjahr und Wehrsport will man in der Deutschen Turnerschaft die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit auf die Jugend abheben und das Nationalbewußtsein heben. Auch darin sind sie Gefolgsgenossen der Nationalsozialisten!

**Arbeiterschach im Süden.** Die Freie Arbeiter-Schachvereinsigung Groß-Berlin hat im Süden eine neue Abteilung gegründet. Spieltag jeden Donnerstag bei Smollisch, Sebastiansstr. 79. Die Abteilung Charlottenburg spielt jetzt jeden Dienstag bei Reimer, Bilmersdorfer Str. 21. Parteigenossen, Reichsbannerkameraden, Schachspieler und solche, die es werden wollen, sind stets willkommen. Beginn aller Spielabende 20 Uhr. Schachunterricht kostenlos. Auskunft in allen Vereinsangelegenheiten erteilt E. Berwinski, Bismarckstr. 91. Die Abteilung Charlottenburg tagt jetzt jeden Dienstag 20 Uhr bei Reimer, Bilmersdorfer Straße 21, Ede Kanalstraße.

## Bundesteeue Vereine teilen mit:

**Soldaten, Kraftfahrer, Touren für Sonntag, 14. August.** Klt. Strausberg: Raitzchen. Start: 7 Uhr Reichenberger Straße. — Klt. Friedrichshagen: Trauener. Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Radewitz: Eichenfeld. Start: 6 und 8 Uhr Seebrücke 62. — Klt. Charlottenburg: Italienische Nacht am Groß-Schloß. Start: am 13. August. — Klt. Bismarck: Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Prenzlauer Berg: Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Prenzlauer Berg: Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Prenzlauer Berg: Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Prenzlauer Berg: Start: 7 Uhr Ködener Platz. — Klt. Prenzlauer Berg: Start: 7 Uhr Ködener Platz.

**VSB. Festzug.** Beginn jeden Freitag bei Weg. Gauderstr. 16. Telefon: D 4 Humboldt 1885. Beginn der Schülerturne: 18 Uhr, anschließend: 19 Uhr Jugend und Senioren. Aufnahme zur Streckenbegleitung aller Mannschaften in jeder Sitzung.

**Verein Ramm-Union Groß-Berlin.** Heute, Donnerstag, 13. August, Eröffnung für alle Teilnehmer an der Kreisregatta, Sonnabend, 13. August, Treffen am Großen See, Westsee.

**F.C. Nürnberg.** Die Sitzung wird heute aus. Nächste Sitzung 1. September in der Geschäftsstelle, Ködener Platz 21.

**Verein Wasserbauern.** Treffen Sonnabend, 13. August, 19 Uhr, Waldenstraße 10, Räumlichkeiten. Fahrt zum Seeufer zum „Rohdeberg“. Dort nachfolgende Abholung. Dienstag, 16. August, Vereinsabend bei Reimer, Bilmersdorfer Straße 21.

**Touristischer Verein „Die Naturfreunde“.** Freitag, 13. August, Arbeitssitzung. — Touristischer Verein „Die Naturfreunde“: Freitag, 13. August, Arbeitssitzung. — Touristischer Verein „Die Naturfreunde“: Freitag, 13. August, Arbeitssitzung. — Touristischer Verein „Die Naturfreunde“: Freitag, 13. August, Arbeitssitzung.

## Europaflug beginnt

### Die Teilnehmer sind am Anrollen

Der diesjährige Europarundflug, der bekanntlich als internationaler Leichtflugzeugwettbewerb vom Aeroklub von Deutschland ausgerichtet wird, beginnt morgen mit den technischen Prüfungen in Staaken, die bis zum 20. August dauern. In Staaken herrscht bereits Hochbetrieb, denn viele von den in- und ausländischen Bewerbern sind bereits mit ihren Maschinen eingetroffen. Ein besonders imposantes Bild bot die Ankunft des aus sechs Maschinen bestehenden Breda-Geschwaders, das gestern nachmittag unter Führung des bekannten italienischen Fliegers Colombo in Berlin landete.

Von Ausländern sind ferner schon der bekannte Kanadier Garberry mit seiner Kiowa L.32, die Tschechen Anderle, Kalla, Marek, Klep, Lomel, Lepp und Lelak, die Franzosen Ruffot, Deitre, Delmotte und Duron, der Rumäne Papano, der Schweizer Strumann und der Japaner Hadzifuza zur Stelle. Letzterer wird allerdings nicht am Wettbewerb teilnehmen können, da seine Maschine um 100 Kilogramm zu schwer ist. Die ankommenden Maschinen wurden sofort gezogen und überprüft, damit nachher bei den technischen Prüfungen keine Zeit verloren geht. Weder werden aber auch zahlreiche Maschinen unerfüllt bleiben. So sind z. B. die drei F 5-Wespe-Maschinen mit den Piloten Kagenstein, Baczny und Kunstflugmeister Gerhard Fieseler nicht am Start zu erwarten, auch R. Böh, der mit seiner Messerschmitt 29 bei München abstürzte, wobei sein Mechaniker getötet wurde, während Böh sich selbst durch Fallschirmabwurf retten konnte, wird ausfallen, ebenso auch die drei Hamburger Papanmeyer-Maschinen. Die Flugleitung rechnet damit, daß von den 67 gemeldeten Bewerbern etwa 45 bis 50 sich dem Starter stellen werden.

## Das Verfassungs-Tennisturnier

In dem stark besetzten 4. Verfassungstennisturnier des Berliner Tennis- und Wintersportklubs „Schwarz-Rot-Gold“ wurden bisher über 150 Spiele abgewickelt. Besonders weit gefördert sind die Einzelkämpfe. So stehen im Herreneinzel A die letzten acht bereits fest. Es sind dies Dr. Bahl, Dr. Schubring und Schneider (VSC.), Schiefinger und Lüdicke (Borussia), Lo und Galle (Grün-Gold, Panlow) und Badt (Gels-Weiß). Im Dameneinzel A stehen Frau Kolt (Dahlern) und Frau Fabian (Gels-Weiß) schon in der Vorkampfrunde. Sie dürften dort auf die Siegerinnen Jacobsohn-Ten (beide Borussia) und Fr. Jöhden (Gels-Weiß) und Frau K. S. (Rot-Weiß) treffen. Gut gefördert wurde auch die stärkste besetzte Konturrenne, das Herreneinzel B (64 Meldungen), die früher

als vorgelesen bereits am heutigen Verfassungstage beendet werden wird. Die Vorkampfrunden werden vermutlich von Reißner und Meyerlohn (Schwarz-Rot-Gold), Hartog (Rot-Weiß) und Dr. Sen (VSC.) bestritten werden. Geführt wird weiterhin täglich ab 14 Uhr auf den 8 Klubeigenen Plätzen am Lauseingang.

## Völkerverständigung — verboten!

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß Mitglieder des bürgerlichen Deutschen Kanuverbundes bei einer längeren Ferienfahrt, die sie auch nach Frankreich führte, dem französischen Ministerpräsidenten Herriot als „Vorkämpfer für die Annäherung der Völker“ eine Huldigung dargebracht hätten. Linksstehende Zeitungen haben das als ein Symptom dafür gewertet, daß auch die bürgerlichen Sportler endlich einzusehen beginnen, daß sie sich neben ihrem Sport auch ein klein wenig um die Politik, die sie nicht zuletzt in ihrem Sport auch angeht, zu kümmern haben. Wenn sie dabei, entgegen der Einstellung bürgerlicher Sportvereine, die Völkerverständigung als eine Notwendigkeit im politischen Leben und Treiben ansehen, so sollte man eigentlich meinen, daß das mit Parteipolitik herzlich wenig zu tun hat.

Aus München kommt jetzt die Nachricht, daß die Geschäftsstelle des Deutschen Kanuverbundes eine Erklärung des ersten Verbandsvorsitzenden Dr. Eckert veröffentlicht, wonach nach Rückkehr der Herriot besuchenden Kanufahrer „die Angelegenheit geklärt“ werden würde. Dr. Eckert stellt dann wörtlich fest: „Wenn unsere Mitglieder das Bedürfnis haben, sich politisch (oder sogar außenpolitisch) zu betätigen, so muß das ihre Privatangelegen-

## Rundfunk am Abend

### Donnerstag, den 11. August.

Berlin: 16.05 Im Kampf gegen die Schmuggler (L. Lehmann). 16.30 Streichorchester. 17.30 „Mecklenburg“ (F. Griese). 17.50 Menschen und ihre Arbeit (J. Fenski). 18.10 Mit dem Mikrophon durch die Mark: Driesen. 18.20 Helene Kibbat: Eigene Arbeiten. 18.35 Nachmittagskonzert. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Nachmittagskonzert. 19.30 Kulturpolitische Randbemerkungen zu Auslandsreisen (Dr. F. Thierfelder). 20.00 Orchesterkonzert. 21.00 Tages- und Sportnachrichten. Orchesterkonzert. 22.15 Wetter-, Tages- und Sportsnachrichten. Tanzmusik. Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk (H. Lanwehr). 17.30 Schwierigkeiten der englischen Aussprache mit praktischen Lautdemonstrationen (Prof. W. Doegen). 18.00 Musikalischer Zeitspiegel (H. H. Rosenwald). 18.30 Spanisch für Fortgeschrittene (Gertrud v. Eyseren, Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Aktuelle Stunde. 19.30 Stunde des Landwirts (Dr. Silvia von Bornstedt). 23.00 Als Einlage: Verfassungsfeier der deutschen Kolonie in New York (Wachsp.). Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatlich 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

**PLAZA**  
Nabe Solen, Hbf.  
3. u. 6. Stg. 2.5. Kp. U.  
ET Weidhof 4031  
Die Czardäurstin  
Rose-Theater  
Große Frankfurter Straße 123  
Tel. Weidhof 7 5427  
8.30 Uhr  
Herzdame  
Gartenbahn  
5.30 Uhr  
Konzert u. Variete  
Frühdienst

**Winter Garten**  
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.  
Taps & Tempo, Remos Comp.  
4 Richys, Sealie, M. & C Mayo  
Levanda, Hunter & Bobette  
u. w. w.  
Großdistillation zum weißen Hirsch  
Ritterstraße 106, Ecke Prinzenstraße  
Frühstückstube — Mittagstisch 40 Pf.  
Gutgepflegte Biere Willy Seidlitz

**TRAUM LAND**  
SCHÖNHEIT  
STRASSEN 51-69/119  
Heute: Filmstars werben für Milch

**HAUS VATERLAND**  
KUR- u. SPA-RESTAURANT  
Ruhleben  
BETRIEB KEMPINSKI

**LUNA PARK**  
Heute ELITE-TAG  
Gr. Konzert FEUERWERK  
TÄGLICH WELLENBAD  
Trabrennen Ruhleben  
Freitag, 12. August  
nachmittags 4 Uhr